

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementsspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 21 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgeschossige Dachzelle oder deren Raum 5,00 Mark, Versammlungs-, Werbes- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mark, Reklamen 25,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926.

STADTZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLKE

Lübecker Volksboten

NUMMER 136

Mittwoch, den 14. Juni 1922.

29. Jahrgang.

Rillinger freigesprochen.

Die Geschworenen verneinen die Schuldfrage.

In der Nachmittagsitzung am Montag wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die neuen Zeugen widersprechen sich in ihren Aussagen vollständig. Den Angaben liegt folgender Tatbestand zugrunde: Nach dem Mord Erzbergers hielt sich Tillesen in Ulm auf. Dort sprach ihn ein früherer Bekannter, der Zeuge Friedlein, an. Dieser traf ihn in einem Café. Friedlein erkundigte sich nach den Gründen der Tat. Er ist aber nicht weiter in ihr gedrungen, um mehr zu erfahren. Dann kam er noch in eine Unterhaltung, wobei auch der Mord an Erzberger näher besprochen wurde. Tillesen hat versucht, dem Friedlein die Gründe der Tat beizubringen, um die Tat selbst zu entlastigen. Unter diesen Gründen kam auch der vor, daß es eine gute Tat sei, wenn man jemand bestreitigt, der seinem Volke schadet. Tillesen habe ihm gar nichts anvertraut. Sie vereinbarten ein Zusammentreffen im „Goldenengel“. Friedlein kam rechtzeitig und erkundigte sich beim Hotelpersonal nach Tillesen. Man stellte die Unwesenheit eines Herrn mit diesem Namen in Abrede. In einer Stunde trafen sie sich dann doch noch. Tillesen befand sich in Gesellschaft einer Anzahl Herren vom Freikorps Überland, die angeblich nach Ulm gekommen waren, um Material zu kaufen. Schulz und Tillesen waren dem Friedlein bekannt. Er hat sich im Jahre 1921 in München wiederholt mit ihnen getroffen. Mit den Herren vom Freikorps Überland wurde auch vom Erzberger-Mord gesprochen. Einer von ihnen, der sich Oberleutnant Holleben nannte, hat gesagt, der Reichskanzler Wirth käme auch noch dran. Friedlein weiß nicht, ob dieser Leutnant der Organisation C angehört. Er sei Beamter in München. — Die Verteidigung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Organisation Überland und die Organisation C in gespanntem Verhältnis zueinander gestanden haben. Die anwesenden Offiziere als Mitglieder der Organisation bestätigen das.

Im Gegensatz zu Friedlein hat der Zeuge Röhlinger unter Eid erklärt, daß im Dezember v. J. ihm Friedlein in Stuttgart begegnet sei und daß er mit ihm ein Stück Weges zusammengegangen ist. Dabei hätte ihm Friedlein erzählt, daß er nach dem Mord seines Freundes Tillesen in Ulm getroffen habe. Tillesen habe Friedlein gesagt: „Was sagst Du wohl, wenn ich Dir sagen würde, daß ich der Mörder Erzbergers bin?“ Friedlein habe das Gespräch weitergeführt, worauf sich Tillesen als Mörder bekannt hätte. Tillesen habe ihm auch seine Brieftasche mit viel Geld gezeigt. Desgleichen soll Tillesen erzählt haben, daß er einen Auslandscheck habe. Der Zeuge stellt die Sache weiter so dar, als ob der Mord von Erzberger auf Grund einer Aussöhnung im Freikorps Überland zustande gekommen sei. Dann sei vom Reichskanzler Wirth die Rede gewesen. Dem Zeugen wird vorgehalten, daß gegenwärtig ein neues Strafverfahren wegen Betruges gegen ihn anhängig sei. Er ist auch schon wegen Beitrages vorbehalten. Seine Aussagen werden daher angezweifelt. — Zeuge Kaufmann Schaum aus Ulm wird nunmehr vernommen. Er kennt Killinger aus seinen militärischen Stellungen. Über die Art der Beschäftigung Killingers und seiner Freunde in München will er nichts erfahren haben. Der Staatsanwalt hält ihm dann einige Briefe vor, die unmittelbar mit der Organisation C in München zusammenhängen. In diesen Briefen ist sogar die Rede davon, daß Schaum auf einer Sitzung in München bestimmte Vorschläge gemacht habe. Killinger besuchte nach dem Erzberger-Mord den Schaum einmal in Halle, vom Mord wurde aber nicht gesprochen. Killinger zeigte dem Zeugen einen Ausschnitt aus einer französischen Zeitung, wobei er einen Paß mit aus der Tasche zog. Der Paß blieb in Halle zurück. Schaum fand ihn in die Adresse Killingers, der aber inzwischen schon festgenommen worden war. Der Zeuge ist politisch der Ansicht gewesen, daß man einen Weg suchen müsse, um Erzberger politisch fast zu stellen. Allerdings will er dabei nicht an einen Mord verdächtigt haben. Es kommt dann zur Vernehmung des ehemaligen Marineingenieurs Bornfeldt. Er sagt aus, daß Schulz und Tillesen ihm bekannt waren. Am 6. August 1921 hat er dem Schulz einen Reisepaß nach Saalfeld geschickt. Vorher hatten sie noch davon gesprochen, daß Thüringen wunderschön für eine Sommersaison sei. Der Zeuge selbst war während des Monats August in Österreich. Als er dort in einer Zeitung den Bericht über die Ermordung Erzbergers und die Beschreibung der Täter las, sei er nicht wenig erstaunt gewesen. Die Urkundssetzung bei der Organisation C ist nach der Befundung der Zeugen durchaus nach militärischen Grundsätzen erfolgt. — Der nächste Zeuge, Kriminalbeamter Ziegler aus Freiburg, macht unwesentliche Angaben über seine Nachforschungen nach den Wohnungen von Schulz und Tillesen in München. Das Gericht verzichtet auf die Vernehmung der Frau Erzberger und der Frau Hemmrich-Berlin. Weiter wird beschlossen, die heute als Zeugen vernommenen Angehörigen der Organisation C mit Ausnahme des Zeugen Mahn, nicht zu verhören, da die übrigen in das Verfahren wegen Geheimbündnisses verwickelt sind. — Weiter kommen Briefe zur Verlehung, die die Angehörigen des Schulz nach dem Tode Erzbergers geschrieben haben. In einem dieser Briefe bedauert eine Tante, daß die Partei den Jungen so weit gebracht habe. Sie hoffe, daß die Partei nun auch für ihn einspringen und daß bei Zustandekommen einer neuen Regierung ihm die Strafe erlassen werde. Die Verteidigung legt Wert auf die Feststellung, daß das Reichsgericht die ursprünglich verbundene Strafachse gegen Killinger wegen Beihilfe zum Mord an Erzberger und wegen Geheimbündnisses wieder getrennt hat.

Nach 7 Uhr abends wird die Verhandlung vertagt. Dienstag vormittag 9 Uhr wird der letzte Zeuge Prince vernommen werden, worauf die Beweisaufnahme geschlossen werden darf. Einige Zeugen haben auch morgen noch einmal zu erscheinen.

Offenbourg, 13. Juni. (Eig. Drahtber.)

Die Vormittagsitzung begann mit der Vernehmung des letzten Zeugen, des Studenten Prince. Prince war Angehöriger der Organisation C und beauftragt, bolschewistische Nachrichten zu sammeln. Er gibt an, Schulz noch nach dem Mord in München gehe zu haben und setzt sich mit dieser Aussage in Widerspruch gegen seine Ausschreibungen in der Voruntersuchung. Das Gericht beschloß, ihn nicht zu vereidigen.

Gegen den Widerspruch der Verteidiger entspricht das Gericht dann dem Wunsch der Staatsanwaltschaft, den Untersuchungsrichter darüber zu vernehmen, was der Zeuge Tillesen, der Bruder des Mörders, ihm seinerzeit bei der Vernehmung über seinen Bruder erzählt habe. Tillesen schilderte nach den Ausschreibungen des Untersuchungsrichters damals seinen Bruder als einen zurückgezogenen Menschen, der durch die politische Entwicklung in Deutschland sich vollkommen zerstört fühle. Besondere Erbitterung seines Bruders habe gegen die Freimaurerei bestanden, der er die Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands zugeschrieben. Der Untersuchungsrichter erinnert auch daran, daß ein von ihm vernommener Zeuge erklärt habe, Schulz und Tillesen seien der Meinung gewesen, man könne nur durch Mord und Totschlag zu neuen Verhältnissen in Deutschland kommen. Sein Bruder soll weiter erklärt haben, daß es ihm schlechhaft sei, woher Tillesen für die von ihm unternommenen Reisen das Geld habe.

Der als Zeuge anwesende Karl Tillesen erklärt, daß mit den Worten „Mord und Totschlag“ gemeint sei, es müsse zu einer Auseinandersetzung zwischen Nationalismus und Internationalismus kommen. Natürlich könne dieser Kampf nur mit den Waffen ausgefochten werden. — Staatsanwalt und Verteidiger verzichten auf die Verhandlungen der anderen noch vorgeführten Beweismittel.

Hierauf verliest der Vorsitzende die an die Geschworenen zu stellenden Fragen:

1. Ist der Angeklagte Manfred Killinger schuldig, dem Kaufmann Hermann Schulz aus Saalfeld und dem Oberleutnant a. D. Heinrich Tillesen aus Köln-Lindenthal, nachdem sie den Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger am 26. August 1921 bei Griesbach gemeinschaftlich durch mehrere Pistolenstöße tödlich und mit Überlegung getötet hatten, wissenschaftlich Beistand geleistet zu haben, um sie der Bestrafung zu entziehen, und den Tätern diesen Beistand vor der Begehung der Tat zugesetzt zu haben?

Die zweite Frage hat denselben Wortlaut, nur fallen die Worte „und den Tätern dieser Beistand vor der Begehung der Tat zugesetzt zu haben“ fort.

Sodann beginnt der Staatsanwalt Burger mit der Anklagerede. In zweistündiger Rede führt er u. a. den Nachweis, daß Schulz und Tillesen auf Grund der Tatsachen, wie sie aus der Beweisführung hervorgegangen sind als Mörder Erzbergers bestraft werden müßten. Wenn diese Voraussetzung stimmt, so ist anzunehmen, daß sie die Tat dadurch begangen haben, daß sie mindestens eine Woche lang schrift und planmäßig Erzberger wie Bluthunde verfolgt haben. Unter allen Umständen hält der Staatsanwalt die Begünstigung der Täter nach der Tat, also den Tatbestand, wie ihn die Frage Nr. 2 enthält, für erwiesen. Er stellt alle diejenigen Momente zusammen, die auch den Verdacht rechtfertigen, daß Killinger vor der Tat schon gewußt habe, daß sie geplant ist. Aus diesem Grunde hält er die Möglichkeit für gegeben, die Frage Nr. 1 zu bejahen.

Um 1½ Uhr beginnt der Verteidiger seine Verteidigungsrede, in der er darauf hinweist, daß der Indizienbeweis weder gegen Schulz und Tillesen noch gegen Killinger geschlossen sei. Er ist der Ansicht, daß Killinger heute freigesprochen werden muß, nachdem er neun Monate in Untersuchungshaft sitzt. — Hier auf Verlängerung der Verhandlung auf 4 Uhr nachmittags. — Der zweite Verteidiger Schleicher geht vor allen Dingen auf das persönliche Vorleben des Angeklagten ein. Er schildert ihn als einen einwandfreien Menschen, dem nur das Wohl des deutschen Volkes als Ziel vor den Augen schwante. Es kommt dann noch einmal zu einer Gegenrede des Staatsanwalts und zu einer Erwiderung des Verteidigers Dr. Krieg. Um 5½ Uhr ziehen sich die Geschworenen zurück. Kurz nach 8 Uhr erscheinen sie wieder. Sie haben beide Schuldfragen verneint, sodass der Angeklagte sofort freigesprochen werden mußte.

1 Dollar = 318 Mr.

Am Devisenmarkt hält die starke Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln an. Am Dienstag notierten amtlich: Kabel Newyork 318, London 1407,5, Holland 12.350. Auffallend war die feste Haltung der österreichischen Krone, die am vorangegangenen Tage stark zurückgegangen war. Am Effektenmarkt setzten sich die Käufe fort, jedoch hat die Aufwärtstendenz sehr viel von ihrer bisherigen Kraft eingebüßt. Zeitweilig überwogen sogar die Abschätzungen.

Die Anleihekrise.

Die erste Wirkung des Scheiterns der Pariser Anleiheverhandlungen war eine weitere Steigerung des Dollars auf nahezu 320 Mark. Das heißt, die deutsche Mark, zugleich aber auch der französische Francs, sind billiger geworden. Der französische Franc macht längst nicht mehr die Aufwärtsbewegung gegenüber der deutschen Mark in gleichem Verhältnis wie der Dollar mit. Und wenn Frankreich heute auch noch eine viel bessere Währung hat als Deutschland, so zeigt sich auch hier schon eine solidaire Verbundenheit wider Willen.

Die Hauptleidtragenden beim Scheitern der Anleiheverhandlungen sind Deutschland und Frankreich, aber Frankreich ist der allein Schuldige. Und darum verschlechtert sich damit die politische Stellung Frankreichs abermals um ein ganzes Stück, während sich die politische Lage Deutschlands verbessert. Wir stehen vor einer Zeit kritischer Entwicklungen. Nach ihrem Abschluß wird Frankreich verloren, Deutschland gewonnen haben.

Der Verlust Frankreichs besteht freilich nur in dem Verzicht auf Dinge, die Frankreich nach dem Urteil aller vernünftigen Menschen der Welt auch sonst niemals erreichen können, und der Gewinn Deutschlands wird einzig und allein in der Befreiung von solchen Lasten bestehen, die es unmöglich tragen kann. Aber auch dies schon, die Begrenzung unserer auswärtigen Schulden auf ein tragbares Maß, ist ein Erfolg, der größte, den wir nach Lage der Umstände überhaupt anstreben können.

Das Steigen des Dollars trägt die Tendenz zu weiterer Verstärkung in sich. In der Hoffnung auf einen günstigen Verlauf der Pariser Verhandlungen und auf ein Sinken des Dollars hat ein großer Teil der deutschen Industrie mit seinen Rohstoff-Einkäufen im Auslande zurückgehalten. Jetzt, wo der Dollar wider Erwartung steigt statt fällt, wird man sich beeilen, das Versäumte nachzuholen, und neue Steigerungen werden dann die vermutliche Folge sein. Das bedeutet weitere Preisseigerungen, weitere Lohnsteigerungen, die mit dem Steigen der Kosten der Lebenshaltung nimals Schritt halten können und weiteres Fortbestehen jener Scheinblüte der Konjunktur, vor dessen Wolken viele Großkapitalisten, wie z. B. Herr Stinnes, die größte Angst empfinden. Schließlich hat aber auch das sein Ende. Das Beispiel Österreichs zeigt, daß die Entwertung der Balala kein unbedingt wirtschaftliches Mittel ist, die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie aus dem Weltmarkt künstlich zu steigern. Wir geraten in die Gefahr, schließlich auch bei schlechter Währung in eine Krise hineinzugraten, wie man sie als Folge einer gewaltsamen Rückkehr zu einer besseren Währung befürchtet.

Das Steigen des Dollars erschwert auch die Devisenantläufe, die das Reich machen muß, um die je 50 Millionen Goldmark in den nächsten Monaten (in den beiden letzten Monaten des Jahres je 60 Millionen) aufzubringen. Die Wahrscheinlichkeit, daß das Reich zu dieser Leistung instand sein wird, sinkt gleichfalls mit dem Sinken der Mark. Aber auch die Bremse, die durch die Zwangsanleihe geschaffen werden soll, wirkt insgesamt schwächer. Das Reich will 60 Milliarden Papiermark als Äquivalent einer Goldmilliarde erheben. Wenn aber die Mark etwa auf die Hälfte des gegenwärtigen Wertes sinken würde, dann wären diese 60 Papiermilliarden eben nur noch eine halbe Goldmilliarde. Man sieht, wie recht die deutsche Regierung hatte, wenn sie in ihrer letzten Note an die Reparationskommission jedes ernstliche Bestreben, den deutschen Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, von dem Zustandekommen der Anleihe abhängig mache.

Die französische Regierung wird nun, wenn sie nicht eine radikale Absehung von ihren bisherigen Wege vollziehen will, in der Reparationskommission den Schürmacher spielen. Wie weit die Kommission den französischen Wünschen entgegenkommen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Aber so viel ist klar, daß es jetzt die allergrößte Torheit wäre, wenn Deutschland nicht jedem Kontakt mit der Reparationskommission, der irgendwie vermieden werden kann, aus dem Wege ginge. Alles, was mit der Reparationskommission vereinbart werden kann, kann unter den gegenwärtigen Umständen gar nichts anderes als ein kurzlebiges Provisorium sein. Ein solches Provisorium bildet keinen Streitgegenstand von solcher Wichtigkeit, daß Deutschland um seine Willen der französischen Politik aus der Sackgasse herausheben und sich an Frankreichs Stelle wieder auf den Isoliertheim setzen dürfte. Mehr denn je ist ein elastisches System dem von den Rechtsparteien empfohlenen starren System vorzuziehen.

Dass Frankreich ein eigenmächtiges, gewalttägiges Vorgehen gegen Deutschland wagen will, ist ganz unwahrscheinlich. Zwar hätte Frankreich militärische Rückschlüsse dabei nicht zu befürchten, aber die politischen Folgen wären unübersehbare. Viel wahrscheinlicher ist, daß Frankreich die Frage der deutschen Schuldenminderung mit dem Problem der interalliierten Verhältnisse in Verbindung bringt wird, daß es sich bereit erklären wird, von den deutschen Schulden etwas nachzulassen, wenn ihm seine

Kriegsschulden an England und Amerika erlassen würden. Darüber kann es sehr lange und schwierige Verhandlungen geben, während welcher sich die wirtschaftliche Lage für alle Beteiligten verschlechtert müßt. Aber in dem Labyrinth ist ein erster Lichtschein aufgetaucht, der zeigt, wo der Ausgang zu finden ist.

Reichstag.

225. Sitzung vom Dienstag, 13. Juni, nachmittags 2 Uhr.
Den Platz des Abgeordneten Scheidemann, Kassel (SD), der von seinen Freunden bei seinem Eintritt in den Sitzungssaal lebhaft begrüßt wird, schmückt ein Blumenstrauß.

Präsident Löwe teilt mit, daß vom Präsidenten der griechischen Nationalversammlung ein Telegramm eingegangen ist, in dem gegen die von den Türken an der christlichen Bevölkerung Kleinasiens verübten Grausamkeiten protestiert wird.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Fräulein Merleburg (SD) fragt an, ob es richtig sei, daß die Angehörigen des Hauses Hohenzollern bis zum heutigen Tage noch keine Steuern bezahlt hätten. Ein Regierungstretter erwidert, das sei nicht richtig. Es sei auch nicht richtig, daß die Steuerbehörden den Angehörigen des Hauses Hohenzollern fällige Reichsteuern gestundet haben. Im Hinblick darauf, daß das Vermögen der Familie Hohenzollern belastet worden ist und daß die Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem Hause Hohenzollern bis jetzt noch nicht endgültig erfolgen konnte, hat allerdings eine endgültige Verantragung zu den Reichsteuern für alle Mitglieder des Hauses bisher noch nicht stattfinden können. Auf Grund der Reichsabgabenordnung haben daher die Finanzämter die Angehörigen des Hauses Hohenzollern vorläufig zu den Reichsteuern veranlagt, soweit die erforderlichen Unterlagen für eine endgültige Verantragung nicht zur Verfügung gestanden haben. Die vorläufig veranlagten Beträge sind, soweit sie fällig waren, im wesentlichen eingezahlt worden. Bei einem Angehörigen des Hauses Hohenzollern, bei dem Schwierigkeiten wegen der Bezahlung und Sicherstellung vorhanden sind, ist Arrest über das bewegliche und unbewegliche Vermögen angeordnet worden. Die Verantragung der Mitglieder des Hauses zu den Reichsteuern wird vom Reichsfinanzministerium überwacht. Im übrigen sind diese wie jeder andere Steuerpflichtige nach Maßgabe der geltenden Steuergesetze zu behandeln.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung.

(Neubildung von Ländern durch Volksabstimmung).

Dr. Gradenauer (SD): Wir halten es nicht für nötig, bei dieser Gelegenheit das Problem der Neuordnung des Reiches zu erörtern. Das Gesetz behandelt im wesentlichen technische Fragen. Es ist besonders wichtig bei der Neuordnung Oberschlesiens. Eine gründlichere Erörterung ist erst am Platze, wenn das preußische Gutachten vorliegt. Das Gesetz verfügt ein wichtiges Verfassungsrecht des Volkes. Ohne Zweifel muß ja auch eine Reihe Gebietsfragen rasch gelöst werden, z. B. die Groß-Hamburg-Frage. Vorläufig kann es sich aber immer nur um besondere Einzelfragen handeln, nicht um das große Problem der gesamten Neuordnung. Dazu müssen wir erst später konsolidierte politische Verhältnisse haben. Darum begrüßen wir es auch, daß alle Parteien auf Übereinstimmungen vorläufig verzichten, namentlich im Rheinland. Trotzdem ist das Gesetz notwendig, weil in Überholen abgestimmt werden soll. Aber es gibt hier sehr viele schwierige Fragen, z. B.: ob auch die Reichsregierung die Initiative bei der Abstimmung haben soll. Diese Frage muß der Auskunft gründlich prüfen. Bedenklich ist auch die lange Frist des § 8, wonach zehn Jahre verstreichen müssen nach einer erfolglosen Abstimmung. Wir beantragen Verweisung an den Reichsausschuß.

Dr. Loos (DDP): Wir begrüßen die Vorlage. Sie ist notwendig, damit das Volk nicht das Gefühl bekommt, daß der Artikel 18 nur eine Geste bedeutet. Selbstverständlich muß bei der Frage der Neuordnung des Reiches das Interesse des Ganzen vor den Wünschen der einzelnen Teile stehen, moment nicht gesagt worden ist, daß die Erfüllung des Vertrags, das Oberschlesien gegeben werden ist, dadurch hinauszögert werden soll. Was Oberschlesien versprochen worden ist, wird loyal innegehalten. Wenn der Abgeordnete Dühringer sich besonders stark gegen den Zentralismus des Reiches wandte, so möchte ich hinzufügen, daß es nicht nur im Reiche, sondern auch in den großen Einzelsstaaten einen übertriebenen Zentralismus geben kann.

Dr. Loos (DDP): Will man der Reichsregierung das Initiativrecht nehmen, macht man den Einfluß des zentralen Gedankens überflüssig. Der Regierungsentwurf ist besser als der des Reiches. Die Führung im Reiche gebührt nicht Preußen, wie es Herr Dühringer wünscht, sondern der Reichsregierung. Lebensunfähige Glieder, wie Walde, müssen verschwinden. Ebenso muß verschwinden das Trauerspiel der gegenwärtigen Verfügung zwischen den Hansestädten und Preußen. Die Förderung der großen Hansestädte ist eine Sache, die zum Reich angehört.

Dr. Beyerlein (Bayer. BK): Die Art der Verabsiedlung dieses Gesetzes wird ein Brüderstift für den heutigen Reichstag sein. Es muß ein Ausgleich zwischen Föderalismus und Unitarismus kommen. Die Verabsiedlung des Gesetzes ist ein Sicherheitsdienst für unsere politische Entwicklung. Die Hege moniestellung Preußens führt zu einer dauernden Schwächung des Reiches.

Dr. Kardorff (DDP): nennt den Artikel 18 eine der ungünstigsten Bestimmungen der Reichsverfassung. Der Artikel 18 ist ausgeschlossen prähistorisch. (Zustimmung rechts). Preußen sei kein geographischer Begriff, sondern das Sinnbild der Vergangenheit. Baden und Württemberg würden sich gegen alle Abrechnungsverläufe zur Recht setzen. Eine Selbständigkeit Hannovers wäre der Anfang vom Ende.

Die Vorlage wird dann dem Rechtsausschuß überreicht.

Es folgt die zweite Abstimmung des

Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes.

Die Vorlage bringt die amtliche Einführung des Jugendamtes, und zwar als Einrichtung der Gemeinden und der Gemeindeverbände. Zur Sicherung der Durchführung der den Jugendämtern obliegenden Aufgaben sind Landesjugendämter vorgesehen. Die Reichsregierung bildet mit einem Reichsbeirat für Jugendwesen beim Reichsinnenministerium das Reichsjugendamt. Die Vorlage bringt ferner besondere Schutzbemühungen für Pflegekinder und regelt die Fürsorgeerziehung.

Dr. Juchacz (SD): Das Gesetz erfüllt keineswegs unsere Hoffnungen; allein mit mäßiger Reform und Fortschritte, und die Politik ist ja vor der Kraft des Möglichen. Wenn jetzt Abgeordnete Reinhard eine Politisierung und Karriereförderung der Jugendpflege fordert, so teilen wir diese Verarbeitung nicht. Dr. Juchacz hat zu selbst bewußt, daß die Forstpflegeberatungen gespielt hatten, daß bei einem guten Willen immer etwas zu erreichen sei. Das zeigt es auch drohen bei der praktischen Arbeit in den Jugendämtern. Die praktische Arbeit kann nicht bestehen der Karriereberatung und Politik überlassen. Und unseres Beirats wird bei dieser Arbeit passieren. Das Beirat ist, was jetzt endlich einmal die Zeit und Möglichkeit hat, zur Mobilisierung aller der Kräfte, die bisher schon Jahrzehnte lang für die Jugendpflege gearbeitet haben. Die reichen Erfahrungen dieser Freiwilligen kann nur in organisierten eingesetzter Arbeit viel besser als früher nutzbringend verwertet werden. Die Jugendämter, besonders in den Großstädten, sollten sich die Arbeitsaufgabe nur in so weit wie möglich auf die Jugendwesen konzentriert halten. Bezeichnung trifft in Kapitel 1, das

manche Länder aus dem Gesetz etwas ganz anderes machen werden, als wir erstreben. Es gilt, alle Kräfte für demokratische Mitarbeit heranzuziehen. Wir begrüßen es, daß das Gesetz auch die Pflegekinder nicht vergibt. Wir begrüßen es, daß endlich einmal die gesetzlichen Grundlagen zur Aufnahme und Förderung der Pflegekinder fest umrissen werden. Für uns steht das Recht des Kindes voran. Wir wollen es erstreben, daß die Jugendämter nicht nur über die außerehelichen Jugendlichen wachen und sorgen, sondern daß die Pflegekinder sich auch noch weiter erstreckt, um überall da zu helfen, wo es not tut. Zum Ausbau der Jugendämter gehört auch die Förderung des Mutterschutzes vor und nach der Geburt. Sehr vieles ist noch zu tun zur Senkung der großen Sterblichkeitsziffer der außerehelichen Kinder. Vießen Kommunalpolitikern gehen die Befürchtungen der Jugendämter durchaus nicht weit genug. In das Reichsarbeits- und das Reichsinnenministerium möchte ich die Frage richten: Wie steht es mit der Reform der Armentage? Und an das Reichsarbeitsministerium möchte ich besonders die Frage richten: Wie steht es mit der Änderung des Kinderarbeitsgesetzes vom Jahre 1903? Auf diesem Gebiete muß ein Schritt vorwärts getan werden. Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge ist noch unendlich viel zu tun. Im letzten Jahre haben wir besonders aus Bayern betreibende Dinge zu hören bekommen. Der Ausbau der Jugendämter kann für die Jugendfürsorge nur zum Segen gereichen. Bei aller Arbeit an der Jugend muß es heißen: Hinweg mit allen Vorurteilen! Jedes gefährdete Kind, das dem deutschen Volke zurück gerettet wird, ist Reichtum für die Zukunft. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Es ist inzwischen ein Antrag Löwenstein eingegangen,

der dem § 1 eine neue Fassung geben will, monach jedermann Anspruch auf eine voll ausreichende Erziehung haben soll.

Henzel, Ostpreußen (DDP): Das Gesetz kann unter Umständen an der Kostenfrage schwanken. Die ausgeschätzten 100 Millionen Mark werden kaum zur Einrichtung der hauptamtlichen Jugendpflege genügt ausreichen. Da die Bedenken bei der Aufstellung der Gemeinden nicht bestätigt wurden, wird ein großer Teil meiner Freunde nicht für das Gesetz stimmen.

Leuthenzer (DDP): Notwendig war das Gesetz schon allein zwecks einheitlicher Handhabung der Jugendpflege. Wir stimmen für das Gesetz.

Während der Rede des Abgeordneten Leuthenzer wurde plötzlich der Abgeordnete Däumig (USPD) von heftigen Unwohlsein befallen. Er brach zusammen und mußte aus dem Saal getragen werden. Die Sitzung wurde unterbrochen. Um 6 Uhr eröffnet Präsident Löwe die Sitzung wieder mit dem Wunsch, der schwere Anfall, von dem der Abgeordnete Däumig betroffen wurde, möge keine ernsten Folgen haben. Der Präsident betont, der Abgeordnete Däumig sei bereits mehrere Wochen wegen Krankheiturlaub gewesen und habe auch heute wieder um Urlaub gebeten. Nur aus übergrößen Eifer habe er die Sitzung aufgenommen und sei nun von diesem Unfall betroffen worden. Der Präsident hofft, daß Abgeordneten Däumig sich bald erholt möge, und schlägt vor, die Beratungen für heute abzubrechen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Intervention Müller-Franken (SD), und Interpellation Tritsch (USPD) über die Beteiligung der Reichswehr an nationalistischen Kundgebungen, kleine Vorlagen. Schluß 6½ Uhr.

Die Reichsregierung und das Valutaproblem.

Berlin, 14. Juni.

Halbamtlich wird mitgeteilt: In der gestrigen Sitzung nahm die Reichsregierung den Bericht des Staatssekretärs Bergmann über die Verhandlungen des Anleihekomitees in Paris entgegen. Einmütig kam das Bedauern darüber zum Ausdruck, daß das Anleihekomitee sich infolge der augenblicklichen politischen Verhältnisse genötigt gesehen habe, seine Arbeiten vorläufig zu vertagen. Es wurde aber mit Beifriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Bericht des Komitees Hinweise für eine praktische Lösung des Reparationsproblems gibt. Von besonderer Bedeutung ist nach Aussaffung des Kabinetts, daß das Kabinett sich ausdrücklich bereit erklärt hat, zwecks Beratung einer Reparationsanschale wieder zusammenzutreten, sobald die gegenwärtigen Hindernisse beseitigt sind, und daß das Komitee die finanziellen Verhältnisse der wichtigsten Weltmärkte für die Ausgabe solcher Anleihen zurzeit günstiger beurteilt als zuvor.

Die deutsche Regierung wird im Interesse der Festigung der deutschen Wirtschaftslage und des deutschen Kreides nach wie vor alles tun, um die Reichsfinanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen und der Vermehrung der schwedenden Schulden mit allen Mitteln entgegenzuwirken, soweit es unter den jetzt geschaffenen erheblichen Verhältnissen möglich ist. In den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Garantiekomitee wird Gelegenheit geboten sein, der Reparationskommission die nötigen Aufschlüsse hierüber zu geben. Die Zahlung der am 15. Juni fälligen Monatsrate von 50 Millionen Goldmark für die Reparation ist angekündigt. Bis zur Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen wird die Regierung ihre Ausgabe darin leisten, einschließlich Veränderungen der Balatalverhältnisse vorzubereiten. Sie wird deshalb, falls die Entwicklung der Dinge es etwa erforderlich machen sollte, mit der Reparationskommission ins Benehmen treten, um durch eine vorläufige Verständigung über die weiteren Maßnahmen eine ungünstige Entwicklung des Marktes zu verhüten.

Die Haager Konferenz gefährdet.

SD. Berlin, 13. Juni.

Die Haager Konferenz wird immer mehr in Frage gestellt. Am Donnerstag soll bereits der Auftakt der Vorkonferenzen von Städten gehen, ohne daß sich Frankreich und England bisher über den Gang der Verhandlungen irgendeine geeinigt hätten. Frankreich besteht auf einer vorherigen Einigung, obwohl der Zweck der in Genf beschlossenen Vor- und Sonderkonferenzen der war, eine vorläufige Einigung über die in der Vollberatung vertretenen Ausschüsse herbeizuführen. Gerade von Barthou ging dieser Vorschlag aus, während bekanntlich England und Italien sofort gemeinsame Beratungen wünschten. Wenn trotzdem die französische Regierung heute die Genfer Abmachungen entgegen ihren eigenen Wünschen in Genf anders auslegt, so zeigt das die französische Absicht, auch die Haager Konferenz zum Scheitern zu bringen.

Das französische Kabinett hat die englische Antwort auf das Memorandum inzwischen wieder beantwortet. In der Antwort wird die Ausübung jeder politischen Störung verlangt. Es sollen nur rein technische Fragen, insbesondere die Frage der Schulden, des Privatengagements und der Kredite behandelt werden. Besonders wird behauptet, daß die französische Regierung keinerlei Grund sieht, warum der in Genf eingenommene Konsens irgendwie abgewichen. Unter diesen Umständen scheint es überhaupt anzunehmen, Frankreich nimmt an der Haager Konferenz überhaupt nicht teil, und die übrigen Regierungen machen jetzt das ihrem Recht, Sondervereinigungen mit England einzugehören, Gebrauch.

Das Reichskabinett bejahte am Dienstag in zwei Sitzungen mit dem Reparations- und Finanzministerium, Staatssekretär a. D. Braun, erlaubte in der ersten Sitzung Bericht

und beteiligte sich in der zweiten Beratung an der Diskussion über die Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müssen. Ernsthaft ermöglichen werden Mittel und Wege, die einen weiteren Marktsturz verhindern können. Die Regierung ist keineswegs gewillt, den augenblicklichen Zuständen auf dem Börsenmarkt ohne Eingriff freien Lauf zu lassen.

Deutschösterreichs Notchrei.

Bauer für Währungsunion mit Deutschland.

Wien, 12. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrats, der eine entsprechende Entschließung annahm, führte Wdg. Otto Bauer u. a. aus: Der politische Anschluß an das Deutsche Reich ist uns durch den Friedensvertrag verboten, aber unsere Währung nach unserem Bedürfnis zu regeln, verbietet uns der Friedensvertrag nicht. Wir können also, wenn die Verhandlungen mit der Morgangruppe scheitern sollten, an die deutsche Regierung herantreten, sie möge eine Notenbank in Deutschösterreich errichten, um sie mit einem Fonds von Papiermark auszustatten, der unsere Kronennoten hinab vollständig bedeckt. Dazu wären etwa acht Milliarden Mark erforderlich, welchen Betrag das deutsche Privatkapital aufzubringen könnte, wofür es das Privileg der Notenemission in Deutschösterreich bekomme. Die Bank würde die Verpflichtung übernehmen, jedermann auf Verlangen die Kronen zu einem gesetzlich fixierten Austauschverhältnis gegen Mark umzuwechseln. Die Krone könnte daher nicht mehr unter den ein für allemal festgelegten Bruchteil einer Mark sinken. Der Druck weiterer Banknoten müßte allerdings ausgeschlossen sein, weshalb das Deutsche Reich uns gleichzeitig einen einmaligen Kredit im Betrage von weiteren acht Milliarden Mark zur Deckung des Defizits unseres Staatshaushalts zur Verfügung stellen müßte, damit wir Zeit gewinnen, das Gleichgewicht im Staatshaushalt ohne Inanspruchnahme der Banknotenpreise herzustellen. Die Krone wäre dann an den Markturs gebunden

und würde nur fallen, wenn die Mark fällt. Die Gefahr der völligen Wertvernichtung wäre besehrt, denn die Mark kann nicht völlig untergehen. Für das Deutsche Reich wäre das freilich ein Opfer, aber eine weitblickende deutsche Politik kann nicht ruhig zusehen, wenn das deutsche Land Österreich wirtschaftlich völlig zugrunde geht, denn wenn hier die Katastrophe der Wertvernichtung der Krone mit allen ihren unvermeidlichen sozialen und politischen Folgeerscheinungen käme, dann würden auf unserem Boden durch fremde Bajonetten Tatsachen geschaffen werden, die dem Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland weit größere Hindernisse entgegentreten würden, als die Paragraphen der Friedensverträge. Eine solche Währungsunion zwischen Deutschösterreich und Deutschland würde wohl auf den Widerstand des französischen Imperialismus stoßen, aber trotzdem müßte meines Erachtens mit Deutschland darüber verhandelt werden, ob es, falls die Entente keinen Einspruch erhebt, uns auf diese Weise der deutschen Währungsgemeinschaft anzuschließen bereit wäre. Wenn die gegenwärtigen Kreditverhandlungen zu keinem schnellen Ergebnis führen, dann droht uns die Gefahr einer so schweren ökonomischen und sozialen Krise, daß es selbst für die Entente eine moralische Unmöglichkeit sein wird, uns den Weg zur deutschen Hilfe zu verbieten, ohne uns selbst zu helfen.

Der Reichspräsident in München.

Republikanische Sympathiekundgebungen.

München, 13. Juni. (Geig, Drähter.)

Die Abfahrt des Reichspräsidenten aus München heute morgen und die An- und Abfahrt zu dem großen Empfang gestern abend trugen schon ein ganz anderes Gepräge wie die Ankunft. Die Bevölkerung verhielt sich ernst und würdig und bereitete dem Reichspräsidenten stellvertretend sogar für militärische Kundgebungen. Der Polizei war es gelungen, die Drähter der Nationalsozialen bei dem Versuch einer Demonstration vor dem Hause des Grafen Lerchenfeld gestern in der Stärke von 50 Mann zu verhaften und in zwei Loftautos in Sicherheit zu bringen. Das Gewerkschaftshaus und das Gebäude unseres Parteiblattes, der "Münchener Post", wurden die Nacht über polizeilich bewacht. Insgesamt wurden über 100 Festnahmen und Personalfestnahmen vorgenommen. Trotz der Drohung des "Miesbacher Anzeigers", die bürgerlichen Abgeordneten, welche der Einladung folgten, nämlich zu veröffentlichen, waren mit Ausnahme der Deutschnationalen alle erschienen. Die seit Stunden vor dem Rathaus wartende Menge brach bei Eberts Abfahrt in stürmische Höhe auf die Republik aus.

Der Reichspräsident sprach vor seiner Abreise aus München, wohin er nunmehr zu kurzem Aufenthalt zurückkehrte, unseren Münchener Korrespondenten. Ihm sagte er u. a.:

"Ich war mir klar über die innen- und außenpolitische Bedeutung meiner Münchener Reise, die dem Ausgleich zwischen den deutschen Stämmen und letzten Endes der ganzen Nation dienen sollte. Ich lehre von München zurück in dem Bewußtsein, durch die persönliche Fühlungnahme mit den Führern der bayerischen Politik und Wirtschaft diesen Ausgleich gefördert und die Geschlossenheit des deutschen Volles in seinem Wiederantritt innen und außen neuerdings zum Ausdruck gebracht zu haben. Die Rechtsopposition wird wahrscheinlich über das Judentum und Weisen mancher Straßendemonstranten ein großes Gelächter erleben. Das kann und darf mich nicht küren. Ich habe auch an anderen Orten Rücksichten genommen, die ich als Repräsentanten der Republik schon zur Genüge erlebt. Solange nur gepfiffen wird, können wir ruhig am Aufbau der Republik weiterarbeiten."

München, 13. Juni. (WLB.)

Während des parlamentarischen Abends, der zu Ehren des Anwesenheits des Reichspräsidenten Ebert stattfand, hatte sich eine viertausendköpfige Menge vor dem Rathause angestellt, die dem Reichspräsidenten beim Verlassen des Hauses begeisterte Ovationen darbrachte. Der Reichspräsident wurde mit nicht enden wollenden Hochrufen begleitet. Auch vor seinem Hotel wurden ihm bei seiner Rückkehr begeisterte Ovationen dargebracht.

Schöpferischer Tod des schweizerischen Gesandten. Der neue schweizerische Gesandte in Berlin, Dr. Gaston Starlin, wurde gestern nachmittag 7 Uhr auf dem Königsplatz bei einem Spaziergang von einem Herzschlag betroffen. Der herbeigerufene Arzt konnte keine Hilfe mehr leisten. Der Gesandte verstarb bald darauf. Die Leiche wurde in die schweizerische Gesandtschaft gebracht.

Die amerikanische Besatzung am Rhein. Nach den aus Brüssel hier eingetroffenen Meldungen ist die belgische Regierung nunmehr formal davon verständigt worden, daß die Amerikaner in Koblenz etwa 1000 Mann Soldaten zurückstellen werden.

Pötzl'sche Kundgebung in Berlin.

SPD. Berlin, 13. Juni. (Drafthericht.) Das deutsche Friedenskästchen veranstaltete am Sonntag im Sitzungssaal des Reichstages eine Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung, nachdem bereits in Paris vor einigen Wochen eine ähnliche Veranstaltung in Anwesenheit deutscher Pötzl'städtchen gehabt hatte. Aus Paris waren erschienen: Der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, Abgeordneter Bouisson, ferner die Professoren Bach und Bougle vor der Sorbonne, außerdem der Sozialistführer Renaudel und andere mehr.

Reichstagspräsident Löbke begrüßte nach der Eröffnung der Sitzung durch Helmut v. Gerlach die französischen Gäste als hochgeschätzte Gesinnungsfreunde. In Deutschland sei ein ernster Verständigungswille vorhanden. Die Franzosen sollten sich nur im Lande umsehen, und sie würden finden, daß der deutsche Bürger, der deutsche Bauer und der deutsche Arbeiter mit einem Wunsch und einer Sehnsucht haben, nämlich die, in Frieden die Früchte ihrer friedlichen Arbeit zu ernten. Unterrichtsminister a. D. Bouisson erklärte, daß die große Mehrheit auch des französischen Volkes von friedlichen Gefühlen beseelt sei. Wohl seien die Schwierigkeiten einer Verständigung groß; aber gerade darum müßten die Anstrengungen verdoppelt werden. Die stolzesten Mißverständnisse zwischen beiden Ländern seien überstanden, und es gelte nur, der Religion des Rechtes zum Siege zu verhelfen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei die Voraussetzung für den Wiederaufbau Europas.

Für das deutsche Friedenskästchen sprach Herr Graf Kehler, der feststellte, daß es für die Zukunft keine deutsche Regierung mehr wagen könne, Revanchepolitik zu treiben. Das deutsche Volk wolle, daß Nordfrankreich wieder ein blühender Teil Europas werde. Der folgende Redner, Professor Victor Bach, hielt einen Teil seiner Rede in einem vorzüglichen Deutsch. Er erklärte, es müsse gelingen, alles zu beseitigen, was der Abgrund zwischen dem französischen und dem deutschen Volke an Hass und Schmerz in sich trage. Der französische Jurist Professor Bouglé, der vor einigen Tagen auf dem Prager Kongreß der Völkerbewegungen lebhaft für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gesprochen hatte, betonte, daß die Zahl der Verständigungskundgebungen in Frankreich zunehme. Allerdings glaubt das französische Volk, daß es ein Recht auf Reparationen habe. Aber die deutschen Verständigungskundgebungen sollten nicht verzweifeln. Denn es werde der Tag kommen, an dem man in Deutschland und in Frankreich mit Schiller sagen werde: „Seid umschlungen Milionen!“ Als letzter Redner sprach der französische Genosse Renaudel, der erklärte, es sei ihm eine besondere Freude, vor deutschen Gesinnungsgenossen die Gefühle der französischen Demokratie zum Ausdruck bringen zu können. Es müsse zwischen den Völkern wieder gegenseitiges Vertrauen bestehen kommen, und besonders die deutschen und französischen Republikaner müßten sich wechselseitig unterstützen. Mit einem Schlusswort Helmut v. Gerlach schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Eine Wendung im Fall Kaehne.

Der Mord an dem Obstzüchtersohn Vaase.

Aus Potsdam meldet unser Berichterstatter: „Eine sensationelle Wendung hat jetzt die Angelegenheit des eingeschossenen 16jährigen Obstzüchtersohnes Otto Vaase ausgelöst. In voriger Woche ist behördlicherseits die Leiche des am 2. Mai 1921 auf Peßow tot aufgefundenen Obstzüchtersohnes ausgetragen worden. Mehrere Aerzte haben das Skelett nochmals untersucht und dabei hat man eine ganz neue Entdeckung gemacht. An der Leiche wurde nämlich auch ein Schuß im Fuß festgestellt. Bis dahin hatte niemand etwas davon gewußt. Daraus ergibt sich, daß der junge Vaase aus Peßow angeschossen worden ist und später erst, als er sich nicht weiter schleppen konnte, durch einen Schuß in die Brust getötet worden ist. Haussuchungen im Forsthaus Löcknitz bei dem früheren Oberförster des Herrn von Kaehne haben dieselbe Munition und die dazu gehörige Flinten zutage gefördert. Der Förster ist nicht mehr im Dienst des Herrn von Kaehne. Flinten und Munition sind beschlagnahmt. Aufgefahrene Briefe haben schwaches Beweismaterial hervorgebracht.“

Über die Errichtung des jungen Vaase ist seinerzeit im „Borndorf“ ausführlich berichtet worden. Vaase war auf Urlaub nach Hause gekommen und hatte sich am Abend entfernt um Entente zu suchen. Von diesem Gang ist er nicht wieder zurückgekehrt. Monate später fand man sein noch in die Kleider gebliebene Skelett. Außerdem wurde an der Fundstelle eine Kugel gefunden, die offenbar aus den verwesten Fleischteilen herausgefallen war. Merkwürdigerweise hatte Herr v. Kaehne Leuten, die in der Nähe der Fundstelle den Betreuungsgeruch wahrgenommen hatten, Nachforschungen untersagt mit dem Bemerkten, daß es nichts zu bedeuten habe. Herr v. Kaehne hat jerner behauptet, daß er an dem Tage des Verschwindens des jungen Vaase verreist gewesen sei. Es haben sich aber Zeugen gemeldet, die ihn an diesem Tage in der Nähe von Schloss Peßow gesehen haben.

Krise im Bergbau.

Wir berichteten in der Montagsausgabe von den entscheidenden Verhandlungen, die gestern in Essen über das neue Abkommen im Bergbau stattfinden sollten. WTB. verbreitet nun mehr folgenden Bericht darüber:

WTB. Bochum, 12. Juni. Die gestern in Bochum abgehaltene Konferenz der vier Bergarbeiterverbände hat das Abkommen der Bergbausverbände mit dem Zechenverband abgelehnt. Das Abkommen sah eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 25 Pf. vor, davon 15 Pf. aus Kohlenpreiserhöhungen und 10 Pf. aus dem Mehrerlös der Forderungen durch Bergarbeiter. Es sollten 4 Stunden Mehrarbeit in der Woche geleistet werden. An den Verhandlungen hatten sich Arbeitsminister Braun und Reichswirtschaftsminister Schmidt beteiligt, die dem Bergbau die Annahme des Vorschlags empfohlen. In den Verhandlungen, die 5 Stunden dauerten, haben sich die Vertreter aller Organisationen gegen das Abkommen, das mit 14 gegen 9 abgelehnt wurde, ausgesprochen. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbands bedauerte einschließlich die Ablehnung und ermahnte zu strenger gewerkschaftlicher Disziplin. Es dürfte nun zu Kämpfen kommen. Im Saale wurden aufpreisende Abglocken verteilt. Weitere Redner riefen zur Wahl auf.

Das negative Ergebnis kommt uns nun von SPD.

Die meisten Redner wendeten sich gegen das Abkommen und richteten heftige Angriffe gegen die Regierung. Husmann, der Führer des Allgemeinen Bergarbeiterverbandes bedauerte in seinem Schlusswort das negative Ergebnis, das eine ungeläufige Situation schaffe. Er stellte in Aussicht, daß die in den nächsten Tagen zusammenentretenen Vorstände den Versuch machen würden neue Verhandlungen mit den Unternehmern anzubauen. Vielleicht sei es möglich, zu einer Lösung zu kommen, die den Bergleuten das gäbe, was sie brauchen, und die der deutschen Volkswirtschaft zu der Mehrausförderung an Kohle verhelfe, auf die die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk unbedingt angewiesen seien.

Die Errüttlung der USP.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat ihren Landesorganisationen ein Rundschreiben zugehen lassen, das über den Stand der Mitglieder in den Bezirken nach deren Angaben, zum Teil nach Schätzungen“ Mitteilung macht. U. a. heißt es: Diese Angaben sind aber möglichst nach unten berechnet worden. Die Erschütterung der Organisation ist zum Teil doch so groß gewesen, daß es den Bezirksteilern schwer ist, zur Zeit genaue Angaben zu machen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt nach den früheren Erscheinungen etwa 15%, sodass anzunehmen ist, daß dieselbe Zahl vorhanden sein dürfte, also etwa 50 000.

Es folgen die zahlenmäßigen Angaben:

Baden	4 000	Ostpreußen	10 000
Bayern	19 631	Pommern	10 099
Berlin-Brandenburg	50 000	Leipzig	60 000
Braunschweig	12 139	Dresden	13 377
Bremen mit Oldenburg	14 500	Chemnitz	2 133
Danzig	—	Plauen	8 602
Frankfurt a. M.	15 000	Zittau	2 253
Halle	15 000	Niederschlesien	1 500
Hamburg	1 400	Mittel-Schlesien	1 000
Hannover	1 500	Oberschlesien	624
Hessen-Waldeck	1 000	Schleswig-Holstein	7 790
Magdeburg	8 696	Thüringen	35 911
Mecklenburg	400	Westf. Westfalen	20 000
Mittelhessen	593	Westf. Westfalen	15 000
Niederrhein	25 000	Württemberg	3 500
	168 859		191 789
Summe 360 648.			

Angenommen, die Biffen stimmen, dann ergibt ein Vergleich mit der SPÖ folgendes: Unsere Partei müßte nach dem Bericht des Parteivorstandes an den örtlichen Parteitag im vorigen Jahre 1221 059 Mitglieder, also bald das Vierfache. In ganz Bayern zählt die USP 19 631 Mitglieder, während die SPÖ, allein im Bezirk Franken 48 101 Mitglieder umfaßt. Ueberhaupt bleibt die USP in jedem Bezirk des Reiches weit hinter der SPÖ zurück.

In einem andern Rundschreiben teilt die Zentralleitung der USP mit, daß sich die Parteinstangen in einer Sitzung vom 24. März mit der Stellungnahme zur Wahl des Reichspräsidenten beschäftigen. Das Rundschreiben sagt darüber: „Nach eingehender Beratung kamen die Körperschaften zu dem Schluß: Die Wahl des Reichspräsidenten ist eine politische Aktion von so weitgehender Bedeutung, daß eine Beteiligung unserer Partei daran notwendig erscheint. Die Parteizentrale wünscht, daß die Genossen in den örtlichen Organisationen nun auch ihrerseits die Frage der Stellung unserer Partei zur Wahl des Reichspräsidenten erörtern, damit die Meinungen geklärt werden. Auf einer Konferenz der Bezirksvertreter, nach § 12 unseres Organisationsstatutes, soll dann später über die Frage endgültig für unsere Partei entschieden werden.“

Ritterlicher Geschäftssinn.

Das Buch Wilhelms II.

Berlin, 13. Juni.

Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, ist zwischen dem früheren Verleger des Kaisers, Köhler in Leipzig und einem amerikanischen Konsortium soeben ein Vertrag über das demnächst erscheinende Buch Wilhelms II. zustande gekommen. Danach erhält der Verfasser ein Honorar von 250 000 Dollar. Das Buchverlagsrecht für die ganze Welt, mit Ausnahme von Deutschland und Österreich, hat der New Yorker Verlag von Harpers. Das Recht des abschließenden Vertriebs an Zeitungen besitzt das amerikanische Zeitungsbureau von Mr. Cluros. Die Veröffentlichung der Ausgaben in den Blättern aller Länder, mit Ausnahme Deutschlands, beginnt am 1. September. Das Buch selbst kommt am 1. Oktober heraus. Die deutschen Verlagsrechte hat sich der Verlag von Köhler in Leipzig gesichert.

Smeets zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Köln, 13. Juni.

In dem Prozeß gegen den rheinischen Sonderbündler Smeets wegen Beleidigung des Reichspräsidenten fällte das Gericht gestern folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Beleidigung des Reichspräsidenten (§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches) und unter Zusammenziehung mit der Strafe, die dieselbe Straftat im März dieses Jahres gegen Smeets erlitten hatte, zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe vom März betrug 5 Monate Gefängnis. Die zum Druck benutzten Platten sind unbrauchbar zu machen und die noch vorhandenen Stücke und Ausgaben der „Rheinischen Republik“, die den unter Anklage stehenden Aufzug enthielten, sind einzuziehen. Der Urteilstext und ein Auszug aus der Urteilsbegründung sind auf Kosten des Angeklagten in der „Rheinischen Republik“, in der „Kölnischen Zeitung“, in der „Köln. Volkszeitung“, in der „Rheinischen Zeitung“ und in anderen Blättern zu veröffentlichen.

Wittelsbachs Milliardenbung.

Ein kleines Gedicht von 30 Milliarden verlangt.

Das Künchen schreibt uns ein Mitarbeiter. Weltkrieg und Zusammenbruch haben neben den anderen deutschen Fürsten auch die Wittelsbacher vom Thron gefegt. Anstatt daß aber die Regierung des Freistaates Bayern die Hand auf das in der konstituierenden Verfassung als „unverzichtbares Staatsgut“ bezeichnete Kriegervermögen der Wittelsbachers ge-

legt und daraus die Schäden des Weltkrieges nach Möglichkeit gelindert und die Mittel zur Festigung des Freistaatgedankens genommen hätte, schickte man sich an, diesen Milliardenfonds fast ungeschmälert in die Hand der Wittelsbacher zu spielen, damit von Bayern aus mit erneuter Kraft die Sabotage des deutschen Volksstaates fortgesetzt werden kann.

Nun unternimmt es der Beauftragte des Hauses Wittelsbach, der Münchner Rechtsgesetz Dr. Beyerle in zwei dicken Bänden, die ein „Rechtsgrachten“ darstellen sollen, den bayerischen Staat zu folgenden ungeheuren „Kontributionen“ an die Wittelsbacher zu veranlassen: Herausgabe der aus Wittelsbachers „Privatmitteln“ stammenden Vermögensstücke, Zahlung einer Unterhaltsrente an Stelle der Ziviliste, Weiterbezahlung der Apnagen, Herausgabe des angeblich im Staatsvermögen, vor allem den Staatsforsten enthaltenen Stammburgs, Rückstattung des in Archiven, Schlössern, der Residenz, dem Haushalt, der Münzensammlung, Staatsbibliothek, Nationalmuseum und Gemäldegalerien befindlichen beweglichen Fällen eigenes.

Allein den ältesten Stammgutbesitz der Wittelsbacher schätzt Beyerle auf etwa 80 Millionen Goldmark, d. h. nahezu 5 Milliarden Papiermark. Dementsprechend würde diese Gesamtforderung der Wittelsbacher an den Freistaat Bayern etwa 20 bis 30 Milliarden Papiermark betragen. Das bedeutet bei dem gegenwärtigen Stand der bayerischen Finanzen den Ruin des Landes.

Der Anspruch auf die Fortbezahlung der Ziviliste und der Apnagen verdient als staatsrechtliches Kuriosum und als privatrechtliches Unikum überhaupt keine kritische Würdigung. Der Goldschatz des Wittelsbachers baut seine Theorie von dem Vermögensanspruch der Wittelsbacher auf dem künstlichen Bau einer „Rechtsgemeinschaft“ zwischen dem vormaligen Hausgut und dem Staatsvermögen auf, die keine unlösbare Verbindung eingegangen wären, wie anderwärts. Dem steht aber einzig die gesamte geschichtliche und staatsrechtliche Entwicklung nach der Datierung der berühmtesten bayrischen Rechtslehrer von Kreittmayr bis Seydel entgegen. Alle haben die Verstaatlichung des Wittelsbachers Besitzes anerkannt, Regierung und Landtag des Königreiches haben nie einen Zweifel daran gelassen! Außerdem wurde das mit Staatsmitteln für Bayern zurückgeworbene Wittelsbacher Hausgut schon 1779 einwandfrei Staatsbesitz. All das verzweigte der Wittelsbachersche Rechtsgelehrte. Die Verfassungstafel spricht sich zudem deutlich darüber aus, daß private Neuerwerbungen der Fürsten, für die keine testamentarische Verfügung getroffen ist, nach dem Tod des Königs an den Staat fallen. So sind alle Abschaffungen der bayrischen Könige aus Ersparnissen der Ziviliste durch das Fehlen eines Testaments des geisteskranken Königs Otto zweifellos Eigentum des Staates geworden.

Die Forderung nach Entschädigung des Herrscherstamms für das Aufhören der Nutzung an den ihm vom Staat zur Verfügung gestellten Gebäuden ist ebenso lächerlich wie die juristische These Dr. Beyerles, die Wittelsbacher hätten das Recht, die Verstaatlichung ihres Hausgutes nach 100 Jahren zu „widerrufen“.

Die Ansprüche der Wittelsbacher sind demnach eine juristische und staatsrechtliche Ungeheuerlichkeit. Ihre Machlosigkeit wird dem Ansehen der Monarchie mehr schaden, als die Verfechter des „alt angekündigten“ Wittelsbacherschen Erwerbstriebes wohl glauben. Die Wittelsbacher haben sich durch ihre „Rechtsgrachten“ moralisch hingerichtet! Ein „Volkskönig“ — das sollen ja die Wittelsbacher nach Behauptung ihrer Anhänger sein — denkt zuerst an die Not des Volkes und erst dann an den eigenen Beutel!

Wollmarkt.

Hamburg, 18. Juni.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird uns mitgeteilt:

Wollmarkt.

Es wurde gezahlt für 50 kg. Lebendgewicht: Doppellender 3900—4200 M., feinste Massfälber 3500—3700 M., mittlere Massfälber 3000—3400 M., geringere Rälber 2800—2800 M., nüchterne Rälber 2200—2400 M. Zufuhr: 1827 Rälber. Das Geschäft verließ lediglich.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 kg. Lebendgewicht: Beste Fett-Schweine über 250 Pf. 4400—4550 M., mittelschwere Ware über 220 Pf. 4200—4350 M., gute leichte Ware von 180 bis 220 Pf. 4100—4200 M., geringere Ware 3800—4000 M., beste Sauen 4100—4300 M., geringere Sauen 3800—4000 M. Marktzufluss: 2900 Schweine. Das Geschäft verließ ruhig.

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	13. Juni	12. Juni
Amsterdam	100 fl.	1284.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2576.75
Kristiania	100 Kr.	5503.10
Kopenhagen	100 Kr.	5568.—
Stockholm	100 Kr.	6851.40
Helsingfors	100 finn. Mk.	8139.80
Rom	100 Lire	678.85
London	1 £	175.—
New York	1 Doll.	1406.70
Paris	100 Frs.	312.60

Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Zimmerarbeiten für den Neubau der Polizeiwache und für den Bau an der Domseite soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem am

Donnerstag, d. 22. Juni 1922

Mittags 12 Uhr

im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag an das Bauamt einzutragen.

Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Gestaltung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist zwei Wochen.

Lübeck, 18. Juni 1922

Das Bauamt,
Abt. Hochbau I.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am Sonntag, d. 11. d. Mts. starb unser treuer langejähriger Kollege

Otto Schröder.

Ehre (3240) seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 15. d. Mts., nachm. 5½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Sammelpunkt der Kollegen doselfst 2½ Uhr.

Es schweigt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Am 10. Juni starb unser Kollege

Wilhelm Jann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 15. Juni, nachm. 2½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus statt. (3241)

Es schweigt.

Zentralverband der Angestellten.

Ortsgruppe Lübeck.

Am 11. Juni starb unser Kollege

Ernst Lecke.

Ehre (3249) seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, vorabends 10½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus statt.

Der Vorstand.

Gr. Schnellmühle, nachm. bei 2½ Uhr, Stad get. Mühlstraße 34 L.

Bogen Straße, vor 2. Zimmer-Stola. a. Gia. Holz. St. gegen. et. St. aber 1. Gia. münzen get. Mühl. a. 216 an die Gia. 2. St. (3248)

Bei Schnellmühle, nachm. 1. Gia. 2. Zimmer-Stola. a. Gia. Holz. St. gegen. et. St. aber 1. Gia. münzen get. Mühl. a. 216 an die Gia. 2. St. (3249)

St. Schnellmühle, 2. Gia. 1. Gia. 2. Gia. 3. Gia. 4. Gia. 5. Gia. 6. Gia. 7. Gia. 8. Gia. 9. Gia. 10. Gia. 11. Gia. 12. Gia. 13. Gia. 14. Gia. 15. Gia. 16. Gia. 17. Gia. 18. Gia. 19. Gia. 20. Gia. 21. Gia. 22. Gia. 23. Gia. 24. Gia. 25. Gia. 26. Gia. 27. Gia. 28. Gia. 29. Gia. 30. Gia. 31. Gia. 32. Gia. 33. Gia. 34. Gia. 35. Gia. 36. Gia. 37. Gia. 38. Gia. 39. Gia. 40. Gia. 41. Gia. 42. Gia. 43. Gia. 44. Gia. 45. Gia. 46. Gia. 47. Gia. 48. Gia. 49. Gia. 50. Gia. 51. Gia. 52. Gia. 53. Gia. 54. Gia. 55. Gia. 56. Gia. 57. Gia. 58. Gia. 59. Gia. 60. Gia. 61. Gia. 62. Gia. 63. Gia. 64. Gia. 65. Gia. 66. Gia. 67. Gia. 68. Gia. 69. Gia. 70. Gia. 71. Gia. 72. Gia. 73. Gia. 74. Gia. 75. Gia. 76. Gia. 77. Gia. 78. Gia. 79. Gia. 80. Gia. 81. Gia. 82. Gia. 83. Gia. 84. Gia. 85. Gia. 86. Gia. 87. Gia. 88. Gia. 89. Gia. 90. Gia. 91. Gia. 92. Gia. 93. Gia. 94. Gia. 95. Gia. 96. Gia. 97. Gia. 98. Gia. 99. Gia. 100. Gia. 101. Gia. 102. Gia. 103. Gia. 104. Gia. 105. Gia. 106. Gia. 107. Gia. 108. Gia. 109. Gia. 110. Gia. 111. Gia. 112. Gia. 113. Gia. 114. Gia. 115. Gia. 116. Gia. 117. Gia. 118. Gia. 119. Gia. 120. Gia. 121. Gia. 122. Gia. 123. Gia. 124. Gia. 125. Gia. 126. Gia. 127. Gia. 128. Gia. 129. Gia. 130. Gia. 131. Gia. 132. Gia. 133. Gia. 134. Gia. 135. Gia. 136. Gia. 137. Gia. 138. Gia. 139. Gia. 140. Gia. 141. Gia. 142. Gia. 143. Gia. 144. Gia. 145. Gia. 146. Gia. 147. Gia. 148. Gia. 149. Gia. 150. Gia. 151. Gia. 152. Gia. 153. Gia. 154. Gia. 155. Gia. 156. Gia. 157. Gia. 158. Gia. 159. Gia. 160. Gia. 161. Gia. 162. Gia. 163. Gia. 164. Gia. 165. Gia. 166. Gia. 167. Gia. 168. Gia. 169. Gia. 170. Gia. 171. Gia. 172. Gia. 173. Gia. 174. Gia. 175. Gia. 176. Gia. 177. Gia. 178. Gia. 179. Gia. 180. Gia. 181. Gia. 182. Gia. 183. Gia. 184. Gia. 185. Gia. 186. Gia. 187. Gia. 188. Gia. 189. Gia. 190. Gia. 191. Gia. 192. Gia. 193. Gia. 194. Gia. 195. Gia. 196. Gia. 197. Gia. 198. Gia. 199. Gia. 200. Gia. 201. Gia. 202. Gia. 203. Gia. 204. Gia. 205. Gia. 206. Gia. 207. Gia. 208. Gia. 209. Gia. 210. Gia. 211. Gia. 212. Gia. 213. Gia. 214. Gia. 215. Gia. 216. Gia. 217. Gia. 218. Gia. 219. Gia. 220. Gia. 221. Gia. 222. Gia. 223. Gia. 224. Gia. 225. Gia. 226. Gia. 227. Gia. 228. Gia. 229. Gia. 230. Gia. 231. Gia. 232. Gia. 233. Gia. 234. Gia. 235. Gia. 236. Gia. 237. Gia. 238. Gia. 239. Gia. 240. Gia. 241. Gia. 242. Gia. 243. Gia. 244. Gia. 245. Gia. 246. Gia. 247. Gia. 248. Gia. 249. Gia. 250. Gia. 251. Gia. 252. Gia. 253. Gia. 254. Gia. 255. Gia. 256. Gia. 257. Gia. 258. Gia. 259. Gia. 260. Gia. 261. Gia. 262. Gia. 263. Gia. 264. Gia. 265. Gia. 266. Gia. 267. Gia. 268. Gia. 269. Gia. 270. Gia. 271. Gia. 272. Gia. 273. Gia. 274. Gia. 275. Gia. 276. Gia. 277. Gia. 278. Gia. 279. Gia. 280. Gia. 281. Gia. 282. Gia. 283. Gia. 284. Gia. 285. Gia. 286. Gia. 287. Gia. 288. Gia. 289. Gia. 290. Gia. 291. Gia. 292. Gia. 293. Gia. 294. Gia. 295. Gia. 296. Gia. 297. Gia. 298. Gia. 299. Gia. 300. Gia. 301. Gia. 302. Gia. 303. Gia. 304. Gia. 305. Gia. 306. Gia. 307. Gia. 308. Gia. 309. Gia. 310. Gia. 311. Gia. 312. Gia. 313. Gia. 314. Gia. 315. Gia. 316. Gia. 317. Gia. 318. Gia. 319. Gia. 320. Gia. 321. Gia. 322. Gia. 323. Gia. 324. Gia. 325. Gia. 326. Gia. 327. Gia. 328. Gia. 329. Gia. 330. Gia. 331. Gia. 332. Gia. 333. Gia. 334. Gia. 335. Gia. 336. Gia. 337. Gia. 338. Gia. 339. Gia. 340. Gia. 341. Gia. 342. Gia. 343. Gia. 344. Gia. 345. Gia. 346. Gia. 347. Gia. 348. Gia. 349. Gia. 350. Gia. 351. Gia. 352. Gia. 353. Gia. 354. Gia. 355. Gia. 356. Gia. 357. Gia. 358. Gia. 359. Gia. 360. Gia. 361. Gia. 362. Gia. 363. Gia. 364. Gia. 365. Gia. 366. Gia. 367. Gia. 368. Gia. 369. Gia. 370. Gia. 371. Gia. 372. Gia. 373. Gia. 374. Gia. 375. Gia. 376. Gia. 377. Gia. 378. Gia. 379. Gia. 380. Gia. 381. Gia. 382. Gia. 383. Gia. 384. Gia. 385. Gia. 386. Gia. 387. Gia. 388. Gia. 389. Gia. 390. Gia. 391. Gia. 392. Gia. 393. Gia. 394. Gia. 395. Gia. 396. Gia. 397. Gia. 398. Gia. 399. Gia. 400. Gia. 401. Gia. 402. Gia. 403. Gia. 404. Gia. 405. Gia. 406. Gia. 407. Gia. 408. Gia. 409. Gia. 410. Gia. 411. Gia. 412. Gia. 413. Gia. 414. Gia. 415. Gia. 416. Gia. 417. Gia. 418. Gia. 419. Gia. 420. Gia. 421. Gia. 422. Gia. 423. Gia. 424. Gia. 425. Gia. 426. Gia. 427. Gia. 428. Gia. 429. Gia. 430. Gia. 431. Gia. 432. Gia. 433. Gia. 434. Gia. 435. Gia. 436. Gia. 437. Gia. 438. Gia. 439. Gia. 440. Gia. 441. Gia. 442. Gia. 443. Gia. 444. Gia. 445. Gia. 446. Gia. 447. Gia. 448. Gia. 449. Gia. 450. Gia. 451. Gia. 452. Gia. 453. Gia. 454. Gia. 455. Gia. 456. Gia. 457. Gia. 458. Gia. 459. Gia. 460. Gia. 461. Gia. 462. Gia. 463. Gia. 464. Gia. 465. Gia. 466. Gia. 467. Gia. 468. Gia. 469. Gia. 470. Gia. 471. Gia. 472. Gia. 473. Gia. 474. Gia. 475. Gia. 476. Gia. 477. Gia. 478. Gia. 479. Gia. 480. Gia. 481. Gia. 482. Gia. 483. Gia. 484. Gia. 485. Gia. 486. Gia. 487. Gia. 488. Gia. 489. Gia. 490. Gia. 491. Gia. 492. Gia. 493. Gia. 494. Gia. 495. Gia. 496. Gia. 497. Gia. 498. Gia. 499. Gia. 500. Gia. 501. Gia. 502. Gia. 503. Gia. 504. Gia. 505. Gia. 506. Gia. 507. Gia. 508. Gia. 509. Gia. 510. Gia. 511. Gia. 512. Gia. 513. Gia. 514. Gia. 515. Gia. 516. Gia. 517. Gia. 518. Gia. 519. Gia. 520. Gia. 521. Gia. 522. Gia. 523. Gia. 524. Gia. 525. Gia. 526. Gia. 527. Gia. 528. Gia. 529. Gia. 530. Gia. 531. Gia. 532. Gia. 533. Gia. 534. Gia. 535. Gia. 536. Gia. 537. Gia. 538. Gia. 539. Gia. 540. Gia. 541. Gia. 542. Gia. 543. Gia. 544. Gia. 545. Gia. 546. Gia. 547. Gia. 548. Gia. 549. Gia. 550. Gia. 551. Gia. 552. Gia. 553. Gia. 554. Gia. 555. Gia. 556. Gia. 557. Gia. 558. Gia. 559. Gia. 560. Gia. 561. Gia. 562. Gia. 563. Gia. 564. Gia. 565. Gia. 566. Gia. 567. Gia. 568. Gia. 569. Gia. 570. Gia. 571. Gia. 572. Gia. 573. Gia. 574. Gia. 575. Gia. 576. Gia. 577. Gia. 578. Gia. 579. Gia. 580. Gia. 581. Gia. 582. Gia. 583. Gia. 584. Gia. 585. Gia. 586. Gia. 587. Gia. 588. Gia. 589. Gia. 590. Gia. 591. Gia. 592. Gia. 593. Gia. 594. Gia. 595. Gia. 596. Gia. 597. Gia. 598. Gia. 599. Gia. 600. Gia. 601. Gia. 602. Gia. 603. Gia. 604. Gia. 605. Gia. 606. Gia. 607. Gia. 608. Gia. 609. Gia. 610. Gia. 611. Gia. 612. Gia. 613. Gia. 614. Gia. 615. Gia. 616. Gia. 617. Gia. 618. Gia. 619. Gia. 620. Gia. 621. Gia. 622. Gia. 623. Gia. 624. Gia. 625. Gia. 626. Gia. 627. Gia. 628. Gia. 629. Gia. 630. Gia. 631. Gia. 632. Gia. 633. Gia. 634. Gia. 635. Gia. 636. Gia. 637. Gia. 638. Gia. 639. Gia. 640. Gia. 641. Gia. 642. Gia. 643. Gia. 644. Gia. 645. Gia. 646. Gia. 647. Gia. 648. Gia. 649. Gia. 650. Gia. 651. Gia. 652. Gia. 653. Gia. 654. Gia. 655. Gia. 656. Gia. 657. Gia. 658. Gia. 659. Gia. 660. Gia. 661. Gia. 662. Gia. 663. Gia. 664. Gia. 665. Gia. 666. Gia. 667. Gia. 668. Gia. 669. Gia. 670. Gia. 671. Gia. 672. Gia. 673. Gia. 674. Gia. 675. Gia. 676. Gia. 677. Gia. 678. Gia. 679. Gia. 680. Gia. 681. Gia. 682. Gia. 683. Gia. 684. Gia. 685. Gia. 686. Gia. 687. Gia. 688. Gia. 689. Gia. 690. Gia. 691. Gia. 692. Gia. 693. Gia. 694. Gia. 695. Gia. 696. Gia. 697. Gia. 698. Gia. 699. Gia. 700. Gia. 701. Gia. 702. Gia. 703. Gia. 704. Gia. 705. Gia. 706. Gia. 707. Gia. 708. Gia. 709. Gia. 710. Gia. 711. Gia. 712. Gia. 713. Gia. 714. Gia. 715. Gia. 716. Gia. 717. Gia. 718. Gia. 719. Gia. 720. Gia. 721. Gia. 722. Gia. 723. Gia. 724. Gia. 725. Gia. 726. Gia. 727. Gia. 728. Gia. 729. Gia. 730. Gia. 731. Gia. 732. Gia. 733. Gia. 734. Gia. 735. Gia. 736. Gia. 737. Gia. 738. Gia. 739. Gia. 740. Gia. 741. Gia. 742. Gia. 743. Gia. 744. Gia. 745. Gia. 746. Gia. 747. Gia. 748. Gia. 749. Gia. 750. Gia. 751. Gia. 752. Gia. 753. Gia. 754. Gia. 755. Gia. 756. Gia.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 14. Juni.

Parteimitglied und Parteiblatt.

Es ist eine auf den verschiedensten Parteitagen ausgesprochene und im Parteistatut niedergelegte Pflicht, daß jedes Mitglied für die Ausbreitung der Parteipresse tätig ist. Vor allem natürlich muß der Genosse selbst auf die Parteizeitung abonniert sein. Vor der Revolution hätte man sich keinen Sozialdemokraten denken können, dem das Halten der eigenen Presse nicht eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre. Die Staatsumwälzung in Deutschland brachte jedoch ein so sprunghafes Anwachsen der Mitgliederziffer, daß es nicht überall gleich möglich war, jeden Neugeintretenen so restlos in den Parteidienst einzuführen, wie das in Zeiten steigernder und mächtiger Entwicklung der Fall ist. Vieles ist allerdings bereits nachgeholt.

Trotzdem gibt es noch eine Anzahl Genossen, die ihrem Gefühl und Empfinden nach überzeugte Sozialdemokraten zu sein glauben, es aber nicht für notwendig halten, die Parteipresse zu lesen. Teilweise genügt ihnen eine kleine Störung in der Ausstellung der Zeitung oder eine Erhöhung des Bezugspreises, um sie abzubestehen. Oder aber sie lesen aus Gewohnheit nach wie vor eine bürgerliche Zeitung, nur, weil diese fast zu Großvaters Zeiten in der Familie gelesen wurde. Wenn erst einmal allen Genossen klar geworden ist, daß die Parteizeitung das geistige Band ist, das die Masse der Parteimitglieder umschlingt und durch ihre tägliche ununterbrochene Stellungnahme zu den uns interessierenden Fragen der sozialistischen Auffassung in der Öffentlichkeit Geltung verschafft, dann wird auch dem letzten Genossen zum Bewußtsein kommen, welch unentbehrliche Waffe das Parteiblatt im Kampfe der Arbeiterschaft ist. Wer zu Macht und Einfluß gelangen will, schafft sich eine gute Presse. Das beweisen uns am deutlichsten die Gegner. Das Kapital versucht, durch Aufstau die Presse in seinen Dienst zu stellen. Die Arbeiterschaft wird das Ziel ihres Kampfes um so schneller erreichen, je ausgebreiterter der Leserkreis ihrer Zeitungen ist.

Weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten setzte sich im Mai weiter fort, wenn auch nicht in dem gleich scharfen Maße, wie in den Vormonaten. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Indexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Mai auf 3462 gestiegen. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 9 v. H. Bekanntlich sind in den Berechnungsvorschriften für die Indexziffer seit April einige Änderungen eingetreten. Würde man die Indexziffer für Mai noch nach der alten Methode berechnen, so ergäbe sich 3048, mithin gegenüber dem Vormonat (2804) eine Steigerung um ebenfalls rund 9 v. H. (8,7). Vom März aus April betrug die Steigerung 20,3 v. H. Die Ernährungskosten zeigen im Mai eine geringere Steigerung, als die Gesamtausgaben, und zwar um 7,4 v. H. Die Reidsindexziffer für die Ernährungskosten beträgt im Durchschnitt des Monats Mai 4680. Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben fast sämtliche in die Erhebung einbezogenen Lebensbedürfnisse beigetragen. Wesentliche Preiserhöhungen zeigten wiederum Brot, Nährmittel, Fleisch, Zucker und Fette, von denen ausländisches Schweinefleisch vorwiegend im Preis fiel. Kartoffeln, Spinat und Schellfisch sind, wenn auch nicht überall, billiger geworden. Brennstoffe, besonders Kohlen und Bitkets, sind weiter stark im Preis gestiegen. Auch die Preise für Gas und elektrischen Strom sind fast überall herausgezogen worden. Dagegen erscheint die Wohnungsmiete nur vereinzelt höher als im Vormonat.

Die "Frankfurter Zeitung" bringt in einer Übersicht über die Preissteigerung Anfang Juni d. J. folgende Ausführungen:

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Eider.

18. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Deshalb erwiderte sie unbefangen seinen Händedruck und dankte ihm Glück und Segen.

Er war sehr weichmütig und gerührte. „Im Herbst komme ich wieder.“ sagte er, „dann feiern wir ein fröhliches Fest.“

Mit diesen Worten schied er.

„Ein fröhliches Fest!“ tönte es noch lange in Antjes Herzen nach.

Im Hause rief Toens Fortgang keine Rüte. Für Rolf und seine Mutter war er nur das Kind, dem man keinen Willen lassen möchte.

„So ganz unflug ist es nicht von ihm,“ meinte Rolf. „Ich bin nur bange, es hat keinen Bestand; er muß immer etwas Neues haben, und dazu ist die Sache zu kostspielig.“

„Du hast wohl recht“, pflichtete die Mutter bei, „aber für die Stadt paßt er erst recht nicht; darum ist es ganz gut, wenn er sich nach Heisterneß gewöhnt. Wo soll er denn hin, wenn Du stirbst?“

„Wenn ich sterbe — —“

Rolf vollendete den Satz nicht, aber er dachte darüber nach, wie es sein würde, wenn ein kleines blondes Weibchen immer um ihn und an seiner Seite wäre, und dieser Gedanke hatte etwas Frisches und Erhebendes für ihn.

Die kleinen Igeln, wie Antje die Käfer nannte, hatten sich bisher fast garnicht verändert, so sehr Antje sie daraufhin beobachtete. Da, eines Morgens, als sie wieder nachsah, war aus einer der kleinen kastlichen Pflanzen über Nacht eine Blüte verworfen. Eine leuchtende, purpurrote Blume, so zart und fein, daß das Mädchen laut aufrief und mit gespannten Händen lange davorstand und nicht müde ward, das Wunder zu beobachten.

Frau Andersen und Rolf nahmen dies Ereignis ziemlich kühl, als wäre es gar nichts Besonderes. Er müßte es aber doch wissen, seine Antje; sie erinnerte sich, daß er sie gebeten hatte, zu schreiben, wenn etwas passierte.

So legte sie sich dann hin, um pflichtschuldig das frohe Ereignis zu melden. Es war ein winziges Briefchen mit kleinen Buchstaben, sauber und ordentlich, aber nicht ganz richtig geschrieben.

Sie schrieb:

Geehrter lieber Herr.
Weil es doch sonst niemand tut, vermelde ich hiermit, daß

Obwohl im Zusammenhang mit der jüngsten Besserung des Marktes die Preise für eine Anzahl derjenigen Rohprodukte, die, wie Getreide und Metalle, unmittelbar vom Stande der Industrie beeinflußt werden, unter den Stand vom Anfang Mai gesunken sind, zeigt das gesamte Preisniveau doch eine neue Erholung, die allerdings geringer ist, als die Steigerung der letzten Monate. Die Abschläge der Preise für Getreide, Gummi, Metalle und Öl werden übertroffen durch die Preissteigerungen, die in der Gruppe der Lebensmittel, vor allen Dingen bei Butter, Milch, Fleisch und Zucker außerordentlich hoch waren.

In der Gruppe 1 (Lebens- und Genußmittel) ist deshalb die ziemlich starke Erhöhung von 668 auf 696 zu verzeichnen. Darauf belegt die "Frankfurter Zeitung" ihre Behauptungen tatsächlich und berechnet, daß bei 98 Warenarten eine Steigerung des Großhandelspreises auf das 63-fache des Friedenspreises eingetreten ist.

„Sozialdemokratie und Ortskrankenkassen.“

Unter dieser Überschrift veröffentlichten die "Lübeckischen Anzeigen" eine Zuschrift des Deutschen Nationalen Handlungsgesellenverbandes. Die "deutschen Junglinge" beschweren sich bitter darüber, daß demnächst die Versicherungsgrenze von 40 000 Mk. auf 72 000 Mark heraufgesetzt wird und sprechen von einer überhasteten Gesetzesmacherie des Reichstages. Was vom sozialen Standpunkt aus jeder einsichtige Mensch mit Freuden begrüßt, wird von den deutschnationalen Handlungsgesellen bekämpft. Soziale Einsicht hat diesen "Gewerkschaftlern" aber ja stets gemangelt. Die Heraussetzung der Versicherungsgrenze ist einfach eine Folge der Geldentwertung. Wie kann man aber den vornehmen deutschnationalen Handlungsgesellen zumuten, daß sie Mitglieder der Ortskrankenkasse werden? Dann kommen sie ja mit den Arbeitern in Berührung, was natürlich für Leute solchen Schlages eine tiefe Erstickung bedeutet. Damit nun die urteilshohen Handlungsgesellen ja nicht Mitglieder der Ortskasse werden, wird der rote Lappen kräftig geschwenkt. Es wird dreist und frech behauptet, die Sozialdemokratie habe in vielen Fällen einen alleinbestimmenden Einfluß in den Ortskrankenkassen und nicht sozialistische Angestellte würden durch ihre Mitgliedschaft zu unfreiwilligen Förderern sozialistischer Interessen. Wir nehmen diese bewußte Verleumdung nicht tragisch, denn der Vorstoss gegen die Ortskassen endet mit einer Reklame für die Deutsche Nationale Krankenkasse. Das ganze ist also weiter nichts als Konkurrenzneid.

Die Vorstands- und Ausschusssitzung findet nicht am 15. sondern am 20. Juni statt.

Arbeitsaufstellung. Bei der Firma Redler, vormals Paul Grasmi, Fackenburger Allee, haben die Arbeiterinnen auf den Spargelplantagen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Der Stundenlohn für Frauen betrug bisher 8,20 Mk. Die Firma lehnte jegliche Verhandlungen ab. Über die Arbeitsstelle ist daher die Sperre verhängt worden. Die Streikleitung.

Erweiterung der Elektrizitäts-Verteilungsstelle in Schlitup. Die Betriebsbehörde hat dem Senat berichtet, daß die am 10. Juni 1920 fertiggestellte Erweiterung der Ortswandlerstation in Schlitup sich als nicht ausreichend erwiesen hat. Die Bewegung für den Anschluß an das elektrische Leistungsnetz in Schlitup ist über alles Erstaunen lebhaft geworden, insbesondere mußten Kraftanschlüsse mit ganz erheblichen Leistungen hergestellt werden. Da zudem in den Kreisen der Schlituper Industrie das Bestreben besteht, in der Errichtung der für deren Bedarf erforderlichen Hölzer volle Unabhängigkeit zu erlangen und sich auch in dieser Hinsicht auf eigene Fabrikation umzustellen, sind weitere große Kraftanschlüsse zu erwarten. Bei Beantragung der Erweiterung der Ortswandlerstation im Jahre 1919 waren 127 Kilowatt angehlossen. Zurzeit beträgt der Anschlußwert 244 Kilowatt, während in der Station nur eine Leistung von 115 Kilowatt zur Verfügung steht. Wenn auch bei der Mehrzahl der neuen Kraftanschlüsse infolge der besonderen Verwendungszwecke die Nutzungsdauer nur eine geringe ist und keine sonderlich günstige Ausnutzung der Betriebsmittel bietet, so kann doch der Schlu-

über Nacht eine schöne hochrote Blüte getriezt hat die noch feiner ist als die blauen von die Käferkrone und hätte ich das gar nicht gedacht von die kleinen Igeln. Ich greife sie alle Tage ein bisschen und der Kanarzenzogel ist auch gut zu wege und fängt wieder an zu singen aber sein, ich gebe ihm noch immer verschlagen Rosser. Der Herr kann unheimig sein, ich passe auf alles auf und weiter ist nichts passiert. Womit Ihnen grüßt.

Ihre getreue Antje Möller.“

Toen mußte sich über den Brief wohl sehr gefreut haben, denn er schrieb darauf an Antje einen langen Brief. Darin stand mancherlei, was sie eigentlich nichts anging und worüber sie wohl hätte nachdenken können.

„Liebe treue Antje Elline,“ las sie, „so muß ich Sie nennen, den Sie haben etwas von jenem feinen adeligen Fräulein an sich, das Wolber Kra in seine Höhle folgte. Ihr lieber Brief hat mir viel Freude gemacht. Ja, liebe Antje, so wie die rote Blume aus der unscheinbaren Hülle des Kaktus ausspricht, so entwidelt sich auch bei uns Menschen das Schönste und Beste blütenleich und zart.“

Ich komme mir vor wie Wolber Kra. Bald bin ich der fühne mutige Held, dem kein Hindernis zu groß ist, bald bin ich der lebendige Tote, dem selbst die Sonne zu hell scheint. Aber dennoch fühle ich mich weit stärker und wohler als früher und auch viel fröher. Das kommt wohl daher, weil ich ein großes Ziel vor Augen habe. Ich stehe früh auf und streife durch Heide und Moor, wenn noch der Morgentau auf dem Grase liegt.

Einige Arbeiter habe ich schon gedungen; sie fangen an, die nächste Umgebung urbar zu machen. Auf der Heide pflanzen wir Kiefern, der Sumpf wird entwässert und zu Wiesen gemacht. Schon sehe ich im Geiste die dunklen Lannen gen Himmel ragen; ich sehe dazwischen blumige Felder. Einen Garten sehe ich voller Rosen und Lilien und im Hause glänzendes Geschirr und schneeweiche Bettwände. Inmitten dieses allen wundert Elline mein liebliches, blondes Weib.

Die Stuben lasse ich jetzt wohnlich einrichten. Es ist schwer, Leute hier zu bekommen. Ich selbst kann nicht viel tun, weil ich zu schnell müde werde, und die Aussichtsleute sind auch alt. Ach, Antje, wen Ihnen doch alles gefallen möchte!

Ein neues Buch lese ich jetzt, es heißt: „Das Leben der Liebe“. Es ist sehr schön, und wenn ich zurückkehre, spreche ich mit Ihnen darüber.

Leben Sie wohl, Antje Elline; es grüßt Sie von Herzen.

N.B. Gestern habe ich eine Elster gefangen; ich hatte sie schon lange auf Eisern. Sie sieht aus, als wäre sie tausend Jahre alt. Sie hat ordentlich ein altes Gesicht. Vielleicht ist es Isabe, die gewusste Kommission, oder die kleine Witwe. Wir gratulieren

der Industrie eine dauernde Beschränkung in der Benutzung ihrer Anlagen, wie dies jetzt geschieht, nicht wohl zugemutet werden. Auch muß dem erheblichen Anschlußwert gegenüber für eine entsprechende Reserve gesorgt und der sicher zunehmenden Anschlußbewegung Rechnung getragen werden. Aus diesen Erwartungen heraus ergibt sich die Notwendigkeit, erneut an eine Erweiterung der elektrischen Betriebs- und Verteilungsanlagen in Schlitup heranzutreten. Geplant sind ein Ausbau der Station und die Ausstellung eines größeren Wandlers von 100 KVA Leistung, die Verlegung einer Speiseleitung nach der Hafenstraße — Ecke Kirchstraße und der Anschluß der Friedrichstraße an das Ortsnetz. Gleichzeitig soll eine Überholung des seit 1912 bestehenden Ortsnetzes vorgenommen werden. Die Kosten dieser Erweiterungsanlagen werden auf 708 000 Mark geschätzt. Der Senat ist bereit, dem Antrage der Betriebsbehörde zu entsprechen und stellt ihn zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau der Hafenverbindungsbahn. Die Baubehörde hat die Bereitsstellung von weiteren 380 000 Mark für den Ausbau der Hafenverbindungsbahn beantragt. Der Senat ist nach den von der Baubehörde gemachten Darlegungen bereit, dem Antrage zu entsprechen, und stellt einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Seeleutebeihilfe. Einen Aufruf erläuft der Geschäftsausschuß für die Seeleutebeihilfe in Hamburg. Die Arbeiten des Ausschusses sind soweit fortgeschritten, daß die letzten Anträge bis Ende Juni d. J. bearbeitet sein werden. Der Ausschuss wiederholt deshalb die Auflösung vom Monat März, wonach alle Seeleute, die bis zum 30. Juni in See gehen, und auf ihnen Beihilfantrag noch keinen Bescheid erhalten haben, sich unter Belegung des Heuerbuchs beim Geschäftsausschuß melden sollen, damit ihr Antrag vor ihrer Abreise vorausgeweise bearbeitet werden kann. Gleichzeitig haben solche Seeleute einen Bevollmächtigten zu ernennen, der bei Bedarf weitere Angaben machen kann und berechtigt ist, den Bescheid und die auszuzahlende Summe in Empfang zu nehmen. Eine Anzahl Antragsteller haben, trotz mehrfacher Auflösung, ihre im Antrage gemachten Angaben durch Vorlage von Belegen noch nicht glaubhaft gemacht. Eine große Anzahl von Postsendungen (Anfragen, Belehrungen, Geldsendungen) sind als unbestellbar an den Ausschuß zurückgekommen, weil der Empfänger auf See oder unbekannt wohin verzogen ist. Eine Liste dieser nicht ermittelten Antragsteller ist bei Seeätern, Heuerstellen ausgehängt. Alle Antragsteller, die bis jetzt noch keinen Bescheid über ihren Antrag erhalten haben, haben sich unter Belehrung von Rückporto beim Geschäftsausschuß zu melden. Anträge derjenigen Antragsteller, die sich bis zum 31. August nicht gemeldet haben, sind endgültig abgelehnt, wenn der Antragsteller nicht nachweisen kann, daß er durch Abwesenheit auf See an der Meldung verhindert wurde. Nach dem 31. Oktober 1922 eingehende Meldungen bleiben unter allen Umständen unberücksichtigt.

Beim Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck. Abteilung I a für Besitz- und Verkehrssteuern sind folgende Personalveränderungen eingetreten: Ernannt ist der Obersteuersekretär Liebs zum Steuerinspektor am Finanzamt Lübeck. Bersek ist der Professor Kreuz vom Landesfinanzamt Würzburg zum Finanzamt Lübeck.

Schülerferienkarten. Auf den Straßen der Gutin-Lübecker Eisenbahngesellschaft werden mit sofortiger Gültigkeit die Tarifbestimmungen über die Ausgabe von Schülerferienkarten eingeführt. Neue eingeführte Sonntagskarten. Mit Gültigkeit vom 18. Juni werden ab Hamburg Hauptbahnhof Tagesfahrtkarten 3. Klasse eingeführt; nach Malente-Gremmühlen über Lübeck-Gutin 70 Mk. nach Holsteinische Schweiz über Lübeck-Gutin 72 Mk. sowie Tagesfahrtkarten 2. und 3. Klasse nach Gutin 2. Klasse 97 Mk., 3. Klasse 66 Mk. Die Karten werden nur an den Sonntagen bis 30. September dieses Jahres ausgegeben und gelten ausschließlich an diesen Tagen für alle Gil- und Personenzüge. Auf der Strecke Hamburg-Lübeck können sie auch gegen Bushalbtag in D-Zügen benutzt werden.

Pflanzenenschädlingsbekämpfung. Am Freitag, dem 12. Juni findet auf dem Versuchsfelde des hiesigen Gartenbauvereins eine praktische Vorführung der modernen Schädlingsbekämpfung statt. Die Zubereitung der Spritzmittel, die Zusammensetzung und Handhabung der Spritze sowie die Behandlung der frischen Obstbäume

dem toten Tiere; ich werde es unter dem Birnbaum begraben. Nochmals seien Sie gegrüßt! Iven.“

„Es ist ein feiner Brief,“ sagte Antje bei sich, als sie zu Ende gelesen hatte. „Man müßte ihn eigentlich unter Glas und Rahmen setzen, so schön ist er.“ Sie überlegte, ob sie Rolf den Brief zeigen sollte. Es war schon besser, sie unterließ dies. Rolf würde doch nur spöttisch und überlegen lächeln. Für derartiges hatte er nun mal kein Verständnis. Er hatte wichtigere Sachen in den Kopf zu nehmen.

Der Sommer rückte näher; die heißen, sonnenbeschienenen Tage kamen. Antje fühlte sich matt und zerstochen und wälzte sich des Nachts unruhig auf ihrem Bett herum. Unmerklich war innerlich und äußerlich eine große Veränderung mit ihr vorgegangen. Als die Vögel am lautesten zwitscherten, verblümtete ihr Gesang, und als die Rosen am rotesten blühten, wurde ihr Gesicht immer blasser.

„Sie hat die Bleichucht“, sagte Frau Andersen. „Es ist nicht gut, wenn der Mensch nicht gesund ist.“

„Es wird das Fieber sein,“ meinte Trina, „dagegen muß man etwas tun. Vielleicht ist es das Untertagsfieber oder das Drittentagsfieber, das ist noch schlimmer. Mit Sympathie schafft man es am besten aus der Welt. — Mich wundert nur, daß Du es nicht schon im vorigen Sommer bekommen hast. Wer nach der Karwoche kommt, kriegt meistens gleich im Anfang schon das Wechselseitige.“

„Es kommt vom Wasser“, sagte Heie Rei.

„Ich würde mal zum Schmied gehen,“ riet Nahmer Neimer, der weiß Rat für Menschen und Tiere.“

Antje ging nicht zum Schmied und gebrauchte auch keine Sympathie. Sie raffte sich auf, und es ging. Wenn nur die Angst nicht gewesen wäre, die entsetzliche Angst in ihrem Innern.

Und die Angst wuchs mit jedem Tage. Sie warf sie nieder und riss sie wieder empor; sie preßte ihr Tränen aus und trocknete sie wieder mit hartem Tuch. Es war eine entsetzliche Zeit. Antje verlorne Kästen und Scherzen. Wenn man sie rief, tönte das „Ja“ aus ihrer Kehle heiser und kläglich, als ob sie Halschmerzen hätte, und ganz traurig sah es aus, wenn die anderen lachten und es in ihren Grübchen lärmäßig zuckte. Die Knechte mochten sie nennen, so viel sie wollten; sie läge nicht einmal „quack“. Ja, manchmal antwortete sie überhaupt nicht, als ob ihre Gedanken gar nicht mehr auf Rehswichhof wären.

Mit Rolf kam sie selten zusammen; sie floh ihn aus einer unerträglichen, inneren Angst. Aber an einem Abend, als er in der Dorfstraße gewesen war, lauerte sie ihm am Grabenrande hinter dem Elbtor gebüsch auf und flüsterte ihm in lodernder Angst die Geheimnis zu.

(Fortsetzung folgt.)

werden eingehend von einem Fachmann erläutert werden. Bei der großen Ausbreitung der Schädlinge gerade in diesem trockenen Sommer wird der Besuch dieser Veranstaltung für alle Gartenbesitzer von großem Vorteil sein. Der Eintritt ist unentbehrlich.

Die Gefahren des Badens. Täglich findet man jetzt Meldungen in der Presse, daß beim Baden jemand ertrunken ist. Es ist gewiß schändlich und nur zu begrüßen, wenn junge Leute, und um die handelt es sich zumeist, sich dem Schwimmsport auch in anderen Gewässern als denen einer Badeanstalt hingeben. Wie überall, so schadet hier aber auch jenes Streben nach falschem Heldentum, daß man erst dann ein „Kerl“ ist, wenn man sich möglichst weit vom Ufer entfernt oder absolut den jenseitigen Strand des Stromes erreicht hat. Um so mehr schadet dies Besonders, als bei seiner Erfüllung der Betreffende oftmals die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit aus den Augen verliert und sich gewaltig überschlägt. Dabei ist selbst ein langjähriger, gelehrter Dauerschwimmer nicht sicher vor Gefahren in unbekannten Gewässern. Zu dem oben bezeichneten Kraftmeiertum trägt nicht wenig die Hünxelei von Kameraden bei, deren „Erfolg“ auch schon öfter ein fröhlich erloschenes Menschenleben war. Diese wenigen Zeilen mögen dazu beitragen, daß jeder Freund des Schwimmens sich prüfe, wie weit seine Grenzen ihm zu gehen erlaubt. Sicher werden die für die kurze Badezeit dieses Jahres schon erstaunlich hohen Unfallziffern auf ein geringes Maß zurückgeschraubt.

Volkshochschule. Der Kursus über Wirtschaftsgeschichte findet anstatt heute, Mittwoch, am Donnerstag statt.

pb. Eine Kindesleiche im Kanal gefunden. Am 8. Juni wurde in der Nähe der Hüttertorbrücke eine braune Handtasche auf dem Kanal treibend vorgefunden und ans Land gebracht. Die Handtasche enthielt die Leiche eines neu geborenen Kindes und war mit Steinen beschwert. Um den Hals des Kindes war ein Strick festangesogen, sodass das Kind durch Erstickung gestorben sein müste. An Hand einer in der Handtasche gefundene Quittung gelang es zunächst, den Eigentümer der Tasche zu ermitteln. Demselben war die betr. Tasche abhanden gekommen. Den eingehenden Nachforschungen der Kriminalpolizei gelang es nunmehr, die Kindesmutter und den Mörder des Kindes in Person eines Dienstmädchen aus Rostock und deren Bräutigam, eines Metzgers aus Hemer, zu ermitteln und festzunehmen. Beide Festgenommene sind geständig.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Gärtner aus Lübeck, der unter der falschen Angabe, zum Bauen eines Gartens Bäume usw. kaufen zu müssen, von einem Betrugsstollegen 1000 Mark ließ und dieses dann nicht auf die angegebene Weise verbrauchte, sondern für sich verwandte. — Festgenommen wurde ferner eine hiesige Arbeiterin, die im Mai d. Js. einen Einbruchsdiebstahl in der Hütterstraße verübt, wobei ihr Gold- und Silbersachen, Wörter und Bekleidungsstücke im Werte von etwa 1000 Mark in die Hände fielen. Die Einbrecherin, welche bereits mehrfach vorbestraft ist, gibt an, mit ihrem Raub nach Hamburg gefahren und dort das Diebesgut an Trottler veräußert zu haben.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Genossinnen! Am Sonntag, dem 18. Juni, vor mittags 11 Uhr, findet in der Stadthalle (Pfeifferspieltheater) ein volkswirtschaftlicher Vortrag über Fleischfleisch statt. Anschließend eine Filmaufführung: Von den Steppen Nord- und Südamerikas bis in den Verbrauch. Wir empfehlen unseren Genossinnen, diesen interessanten Vortrag zu besuchen. Karten zu diesem Vortrag können im Parteisekretariat, Johannisstr. 50, unentbehrlich entnommen werden.

Achtung, Arbeiter, Angestellte, Funktionäre der Arbeiterbewegung! Morgen, Donnerstag, abends 7½ Uhr Vortrag des Gen. Abramowitsch-Ružinskij, im Gewerkschaftshaus. Gen. A. wird morgen eine zusammenfassende kurze Darstellung von dem ersten Vortrag geben, sobald auch derjenige, der den ersten Vortrag nicht hörte, wohl in der Lage ist, den Zusammenhang zu erfassen. Da in dem 2. Teil der Gen. A. die Ereignisse der letzten Jahre behandelt wird, Ereignisse unter deren trüben Eindrücken wir auch alle stehen, da weiterhin das Problem Ružinskij von ungeheurer Bedeutung für die Weltwirtschaft und damit auch für die Arbeiterschaft ist, so ist es Pflicht eines jeden Arbeitnehmers, morgen zum Vortrag zu kommen.

Der Vorstand der I. D. G. B.

✓ Hansa-Theater. Gasspiel Gebrüder Wolf verlängert bis Mittwoch, 15. Juni, in der Schlager-Revue. In Lübeck ist der Teufel los. Ferner Gäste: Wolff Triebborn, Emil v. Dollen, Beatrice Friedel.

Hansa-Theater. Täglich, abends 8 Uhr, die große Revue „In Lübeck ist der Teufel los“, Gaspiel von Gebrüder Wolf. Verlängert bis Montag, den 19. Juni, außerdem noch als Gäste: Wolff Triebborn, Emil v. Dollen und Beatrice Friedel.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Schieber zu ziehen zu müssen. Im Februar 1921 kam der Handlungsgesell Karl R. nach Verbürgung einer längeren Freiheitsstrafe, die er wegen Betruges erhalten hatte, von Lübeck nach Hamburg. Trotz seines Vorlebens stand er bald in der Kontroll-Kompanie einer kaufmännischen Dienstleistungsgesellschaft und wußte sich dort eine Befreiungserklärung zu erwerben, die er schwer missbrauchte. Bei der genannten Gesellschaft lagen in einem Koffer ein großer Koffer Koffer, der einer englischen Firma gehörte. Von dieser Ladung befahl R. einen Teil zu verschieben. Es gelang ihm schließlich 30 Tonnen Koffer und 2 Tonnen Käse zu vertauschen. Auch der Befreiungserlaubnis veruntreute das Landgericht Rostock zu zwei Jahren jedes Monaten Gefängnis und zwei Jahren Strafe.

Hamburg. Hamburger Hotelpreise in schmiediger Belebung. Unter der Überschrift „Deutsche Touristenschau“ öffnete „Globus“ in Stockholm in seiner Nummer vom Mittwoch, 7. Juni, folgendes: „Ein Hamburger kann seine Lage durch Hamburg. Sie möchte dort nur übernachten und telegraphieren wegen Zimmer an das Hotel „Zier-Jahreszeiten“. Rufen Sie, was die uns abgenommen haben? Ja — benötigt Nicole im „H. D. G.“ — für das Zimmer 3500 Mk., dazu 72 Mk. für das erste Frühstück, 15 Prozent oder 500 Mk. Trinkgeld und 818,50 Mk. für Steuer, aber zusammen 4786,50 Mark! Das macht in schmiedigerem Geld angeführt 70, Tage und lädt sie feiern für die Röntgen! Das ist ganz einfach ungerecht! Und das gegenüber Schneider, die, wie gerade die in Europa lebenden Personen, große Summen gespart haben, um arbeitenden Deutschen zu helfen. Wenn man auf diese Weise noch eine Zeitlang fortsetzt, so wird Deutschland alle Sympathien verlieren.“

Hamburg. Tolltaxe führt von sieben Strafgesangen aus. Montag gelang es sieben im Gefängnis untergebrachten Gefangenen, untermittels des Elbuntergangs zu entkommen und der Aufzugsleitung verjagen, den Spiegel an die Elbe zu legen. Sozial-Meldungen errichteten das prächtige Elbuntergang, während die heilste Strafburg den Tag feierte. Die nach dem Abmarsch der Elbe laufenden Flüchtlinge sind bisher nicht ergreifbar worden. — Zähler der Autounfälle. In der Nacht über Weihnachten wurde die Elbuntergangs-Brücke von einem Auto überfahren. Die schwerverletzte Frau wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie späterhin starb.

Gästetrom. Der gestohlene Ausstellungsbulle. Nach der Hauptausstellung der Mecklenburg-Schweriner Landwirtschaftskammer, die hier am 19., 20. und 21. Mai stattfand, ist ein schwarzer Bulle gestohlen worden. Die Annahme, daß der Bulle bei dem Abtransport der Tiere falsch verladen war, muß nach den allseits angestellten und resultlos verlaufenden Ermittlungen als irrtümlich angesehen werden.

Gewerkschaften.

Eisenbahner und Beamtenrätegebot.

Die Spikenvertretung der Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat auf ihrer letzten Tagung nachstehende Entschließung gefasst: „Die, in der Zeit vom 11. bis 13. Juni 1922 in Berlin tagende Konferenz der Betriebsräteverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes gibt ihrem Protest dagegen Ausdruck, daß die bürgerlichen Parteien einschließlich der angeblich arbeiter- und beamtenfreundlichen Zentrums si. eifrig bemühten, den von der Regierung vorgelegten reaktionären Gesetz altennden Entwurf des Gesetzes über Beamtenvertretungen gegen alle fortschrittlichen Unregulierungen der sozialistischen Parteien durchzusetzen. Das fehlende, durch Schlichtungsstellen zu sichende Missbilligungsrecht, die Entziehung der Beamtdienststufe und viele sonstige Mängel der in erster Lesung vom Reichstagsausschuss beendeten Beratung des Gesetzentwurfs fällt auf das Schuldlohn der bürgerlichen Parteien. Die Beamten mögen daraus erkennen, daß nur im rücksichtslosen Kampf und gestählt auf eine wirtschaftliche gewerkschaftliche Beamtenbewegung ein Beamtenrätegebot erreicht werden kann, das mindestens dem Betriebsrätegebot gleichwertig ist. Der Entwurf zu einem Gesetz über Beamtenräte ist für die Eisenbahner vor allem deshalb nicht annehmbar, weil er sogar erheblich hinter dem gegenwärtig bereits geltenden Erfolg über die Bildung von Beamtenvertretungen im Bereich der Reichsbahn vom 7. Mai 1921 zurückbleibt.“

Die Betriebsräteverwaltung ersucht den Verbandsvorstand, den Plänen der bürgerlichen Parteien mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzuwirken, damit die endgültige Bestätigung des Gesetzes den berechtigten Forderungen der Beamten Rechnung trage.“

Die Metallarbeiter-Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftsforscher haben das Ergebnis gehabt, daß die auf dem Boden der SPÖ stehenden Delegierten die größte Stimmzahl auf sich vereinigten. In den einzelnen Bezirken entfielen auf die drei Fraktionen folgende Vertreter:

	SPD.	USPD.	KPD.
Berlin	1	15	—
Bielefeld	3	—	1
Brandenburg	2	2	4
Dresden	10	5	—
Frankfurt	2	1	3
Essen	5	6	3
Frankfurt a. M.	8	2	4
Hagen	1	4	5
Halle	5	1	2
Hamburg	9	3	—
Hannover	5	—	—
Köln	7	—	—
Königsberg	—	1	—
Nürnberg	3	2	5
Szczecin	1	1	1
Stuttgart	9	3	5
Vorstand	1	1	—

Es stehen also von insgesamt 160 Delegierten 76 auf dem Boden der SPÖ, 35 USPD. 48 KPD. Im Bezirk Dresden findet noch eine Neuwahl statt, deren Ergebnis noch aussteht.

Der Schweizer Gewerkschaftsbund.

Die deutschen Gewerkschaften müssen in aufreibender Tätigkeit ihre familiären Kräfte anspannen, um den fortgesetzten Leistungswellen durch die Anpassung der Löhne ihre erdrückende Wirkung zu nehmen. In den neutralen und in den sogenannten Siegerländern dagegen kämpft die Arbeiterschaft gegen die Verelendung durch die Arbeitslosigkeit, zumal diese von den Unternehmern ausgenutzt wird, nicht allein um die Löhne fortgesetzt zu drücken, sondern darüber hinaus den Arbeitern Stück für Stück ihrer Errungenschaften wieder zu entreißen.

In einem solchen verzweifelten Kampf steht auch seit zwei Jahren die Schweizer Arbeiterschaft. Infolge der riesigen Arbeitslosigkeit — die Schweizer Industrie ist vor allem Fertig- und Fagusindustrie —, die zeitweise mehr als ein Viertel der Arbeiter umfaßt, und die Gewerkschaften geschwächt worden. Die Spaltungswar der Rossmutter hat natürlich die Position der Unternehmer noch weiter gefestigt. Nun droht die Reaktion den Zeithaft für gekommen, um den Arbeitstag abzubauen.

Die beiden Probleme, die Arbeitslosigkeit und der reaktionäre Zustand der Unternehmer, beschäftigen den außerordentlichen Gewerkschaftskongress, der am 27. und 28. Mai in Bern tagte. Außerdem mußte sich der Gewerkschaftskongress auch mit den Querstreiken der Kommunisten befassen, die allerdings glatt absieben. Die Schweiz war noch vor nicht langer Zeit die große Hoffnung von Rosa Luxemburg. Die Komintern ist inzwischen abgewichen, doch sie ist mit allen ihren Anstrengungen bei mehr als 200 Delegierten nie auf mehr als 40 Stimmen breitgezogen. Allerdings sind sie immer noch stark genug, um durch ihre Berufungsarbeit den Unternehmern Helferlein zu leisten.

Zu der vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes vorgeschlagenen und vom Kongress angenommenen Einschließung bezüglich der Reichsstaatskasse wird an Stelle der Ausfuhrprämien und Schätzgöde die Rückkehr zu normalen Handelsbeziehungen gefordert. Außerdem werden Höchstpreise für alle lebensnotwendige Gewerbsartikel, ein Betriebsmonopol und eine gründliche Steuerreform gefordert. Gegen die Arbeitslosigkeit wurde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch staatliche Arbeiten und die Übertragung der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Gewerkschaften bzw. deren Subventionierung durch den Staat gefordert. Sämtlich beschlossen war, sich jedem Versuch der Durchsetzung des Sozialstaates zu widersetzen und dabei ebenso das Mittel der Volksbevölkerung zu ergreifen.

Der Kongress war ein glatter Sieg des sogenannten reformistischen Flügels und trotz — oder vielleicht wegen — der verschafften Stärke der Kommunisten eine Ausbildung von sehr starker Gewerkschaftsarbeit.

Arbeitslosigkeit in Schweden. In Schweden gibt es augenblicklich noch 160.000 Arbeitslose. Das ist für die Bevölkerungsanzahl des Landes ein sehr hoher Prozentsatz. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung, über auch zugleich eine ernste politische Streitfrage.

Gewerkschaften.

Gewerkschaftliche Fortbildung. Der Kursus für Konsumvereinsmitglieder, betriebsnahe Gewerkschaften und Gewerkschaftsvereine in Sachsen wurde am 27. Mai beendet. In ihre neunten 25 Schritte teilnahmen 1000 Gewerkschaftsmitglieder aus Sachsen und Brandenburg.

Iau und Marienwerder und ein weiterer Hospitant. Genossenschaftsfunde wurde während 30 Stunden getrieben. Es galt, die theoretische Begründung des Konsumgenossenschaftsgedankens zu geben, wie sie die Geschichte und eine immerhin schon Jahrzehnte lange Praxis bieten. Die Darstellung des Konsumgenossenschaftsgedankens ließ Raum, um den Hörern Gelegenheit zu geben, auch ihre Auffassungen, wann sie vom Vorgetragenen abweichen, vorzulegen. Die Ausführungen über Tarifrevenen nahmen sechs Stunden in Anspruch. In zehn Stunden wurde Betriebsführung, in zwei Stunden Betriebsstatistik, in sechs Stunden Kontrollwege, in sechs Stunden Redetechnik und in sechs Stunden Propagandawesen behandelt. In zwei Stunden unterhielt man sich über Bildungsfragen. In einzelnen wurde über die Organisation des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, über Wege und Ziel der Konsumgenossenschaftsbewegung, über genossenschaftliche Verfassungsfragen, über den organisatorischen Aufbau des Konsumgenossenschaftlichen Großraums, über den Genossenschaftsgedanken in der mittelalterlichen Handwerkergesetz und über Fischerverarbeitung vorgetragen. Die Fortbildungskommission legt bei all ihren Veranstaltungen besonderes Gewicht auf die Überprüfung des im Lehrgange Gelehrten durch die lebendige Praxis. Diese Fortbildung erfüllt Hamburg, als Sitz der Konsumgenossenschaftlichen Zentralen und des größten deutschen Konsumvereins am besten. Es wurden darum auch mehrere Besichtigungen vorgenommen.

Für die genossenschaftliche Aufklärung. Eine neue Werbe- und Erziehungsbrochüre von Heinrich Kaufmann wird auf Veranlassung der Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine herausgegeben. Die kleine Schrift führt den Leser in leichtverständlicher Weise in das Wesen der wirtschaftlichen Vorgänge und des genossenschaftlichen Strebens ein. Deshalb ist sie so recht geeignet, in den Kreisen der Verwaltungsmittel, Arbeiter und Angestellten, Funktionäre und vor allem auch der Mitglieder der Konsumvereine verteilt zu werden. Neben dasselbe Thema sprach der Verfasser auf den Bandstagen des ostdeutschen, thüringischen und rheinisch-westfälischen Revolutionsverbands. Aus diesen Beiträgen liegen bereits größere Bestellungen auf die Broschüre vor. Der Preis stellt sich, infolge hoher Auflage, auf nur 1,80 Mt. für das Stück. Den Genossenschaftsverwaltungen wird durch die Schrift der Aufklärungsdienst wesentlich erleichtert werden.

Zum dritten genossenschaftlichen Halbjahrskursus in Hamburg. Die Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ersucht die in Betracht kommenden Vereine dringend um fristige Anmeldung der Teilnehmer an dem im Oktober d. J. beginnenden Halbjahrskursus. Die Vereine werden gebeten, unverzüglich ihre Beschlüsse zu fassen und die Namen der Teilnehmer der Fortbildungskommission zu übermitteln, damit diese mit der der Wichtigkeit der Sache entsprechenden Gründlichkeit ihre Vorbereitungen treffen kann.

Internationale Verständigung im genossenschaftlichen Versicherungswesen. Eine Konferenz von Vertretern genossenschaftlicher Versicherungsvereinigungen tagte in Rom. Nicht vertreten waren Dänemark, Norwegen, Tschechoslowakei, Schweiz, Niederlande, Österreich, Deutschland und Großbritannien, das die Beteiligung abgelehnt hatte. Das Ergebnis war der Beschluss, eine siebenjährige Studienkommission einzurichten (Belgien, England, Frankreich, Niederlande, Schweiz, Schweden, Deutschland), die den angehörenden Organisationen dauernd mit Informationen zur Hand geben soll. Die erste Sitzung soll in Brüssel abgehalten werden.

Aus aller Welt.

Zwei Raubmorde in Wien. Die Haushofsorgerin Therese Rath wurde von ihrem Mann in einer Blutschale liegend tot aufgefunden. Alle Behältnisse waren ausgeraubt. Von dem Täter ließ jede Spur. Der zweite Raubmord wurde an dem 78-jährigen Uhrmacher Franz Hrdlicka verübt. Bassenian bemerkten den Räuber, der mit seiner Beute davoneilte, eilten ihm nach und hielten ihn fest. Er wurde als der Photograph Rudolf Schiller festgestellt. Der Mörder gab an, aus Not gehandelt zu haben.

Brandkatastrophen. Die „Magdeburgische Zeitung“ meldet aus Wittenberge: Nachdem erst vor kurzem das Dorf Körzow einem Brande zum Opfer gefallen ist, ereignete sich am Sonntag im Nachbardorf Coppen bei Schnögendorf a. d. Elbe eine zweite Brandkatastrophe, die auch dieses Dorf fast ganz in Asche gelegt hat. In den Nachmittagsstunden, als die Dorfbewohner an der Beerdigungsfeier des bei dem Brande von Körzow tödlich verunglückten Gastwirts Riel teilnahmen, ertönte Brandalarm. In kürzer Zeit stand ein großer Teil der Gehöfte des Dorfes in Flammen. Fünf Anwesen mit viel Ernteverraten und 20 Gebäuden sind eingeebnet worden. Man führt das Feuer auf Brandstiftung zurück. Innerhalb einer Woche sind hier auf altmärkischen und hannoverschem Gebiete über 50 Gebäude durch Feuer zerstört worden.

Schwere Folgen einer Hochzeitsfeier. Bei der silbernen Hochzeit des Landwirts Becker, Mülheim a. R., erkrankten 27 Personen nach dem Genuss von selbstzubereitetem Heringssalat. 12 Personen erkrankten schon während des Essens. Einige Personen lagen zwölf Stunden ohne Bewußtsein. Der Arzt stellte Vergiftungsscheinungen fest. Bis jetzt ist noch kein Todessalat zu verzeichnen.

Starles Erdbeben in Schweden. Aus Stockholm wird am 11. Juni gemeldet: Ein außergewöhnlich starkes Erdbeben wurde heute nachts kurz vor 2 Uhr in verschiedenen Orten in der Provinz Värmland beobachtet. Ein Erdbeben von dieser Stärke hat in Schweden seit 1904 nicht stattgefunden.

Vierzig Menschen im Orkan umgekommen. Wie gemeldet wird, kamen bei einem Orkan in New-York und New-Jersey vierzig Menschen um, hundert wurden verlegt.

Allerlei Wissenswertes.

Schiffe, die unter einer Stadt fahren. Das technische Wunder, daß große Schiffe von 1000 Tonnen unter einer Stadt durchfahren, wird zur Wirklichkeit werden, wenn der riesige Schweizer Plan der Verbindung des Rheins mit dem Mittelmeer verwirklicht werden sollte. Unter der Stadt Genf werden 1000 Schiffe verkehren, die Frachten von den Häfen der Nordsee und von London zum Fuß der Alpen und weiter führen. Da die Rhone bei Genf sehr flach ist, so soll ein tiefer Kanal angelegt werden, der mit dem Genfer See in Verbindung steht, und dieser Kanal soll unter der Stadt Genf durchgeführt werden. Die Schweiz, ein Senneland ohne Häfen, würde durch diesen projektierten Ausbau der europäischen Wasserwege einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung nehmern, denn wenn die großen Verkehrsadern des Rheins, der Rhône und der Donau für Seeschiffe von

Hier steht die Sozialdemokratie noch sehr Jurid. Zu be-

Es gibt auch führende Frauen, die sich offiziell keiner angeklagten haben, weil sie der Meinung sind, daß keine den eigentlichen Frauenforderungen gerecht wird. Sie wollen so lange die Frauen nur die Zahl der Wähler vermehrt, bis sie nur sich bemühen, was die Männer tun und befürchten so lange hätte die politische Tätigkeit der Frau wenig Bedeutung gehabt. Ihnen gehört eine der ältesten und bedeutendsten. Minna Gause hat mit Adele Gerhard und Gili Giacitti (später L. R.) die erste Petition gegen die Bereinsgesetze eingereicht, nach wie es vielleicht hieß. Frauen Kinder und Familien waren

lungen ausgeschlossen waren. „Drei ganze Frauen!“ schreit die sozialdemokratische Presse. 1909 gründete Minna den Preußischen Landesverein mit großer Enthüllung. Dann sie ihr Amt neben, weil die Gesellschaft nach rechts abwich. Dezember 1917 führte sie das Zusammengehen der bürgerlich-söldemokratischen Frauen herbei. Frauen beider Rassen gingen zu den Fraktionen des Preußischen Abgeordnetenhaus Rückstellung zum Wahlrecht zu erhalten. Das Ergebnis: Linksparteien Zustimmend, Rechtsparteien ganz ablehnend, Konservativen liebenswürdig-höflich, die Fortschrittliche Politiker (Demokraten) ebenfalls liebenswürdig-möglichst wollend — aber

... „... und schreibt 1918 kundt über die neue groß-
volumigen bei sozialistischen und bürgerlichen Frauen
Am 9. November 1918 brachte die Revolution den Frau-
wahlrecht. Minna Gauer, die alte Führerin, erlebte es, da-
Gegnerinnen der Sozialdemokratie sich ihrerseits dieser
entzogen. Sie erlebte auch das völlige Versagen der
ihrer gegnerischen, ja feindlichen Stimmung beim Wahlrecht
über. „Sie, die uns bekämpft und verfolgt hatten, ja, u-
naterlandsfeindlich auftraten, ließen sich plötzlich, als Kac-
tinen für die Parlamente ausspielen, einige von ihnen
auf mehreren Sitzen, nur um die Garantie für einen Gruppen-
erhalten. Staunend und skeptisch habe ich diesem Treiben
gefaut.“ So schreibt Minna Gauer. „Mein Kampf ums Recht
ist noch unserem Bolf, das im Namen des Rechts getreuhete
den soll“, erfüllt sie. Sie glaubt nicht, daß dieses Recht er-
werben kann dadurch, daß die Parteien sich gegen seitig be-
sondern in der Einigkeit aller, die das Recht des deutschen
wollen.

Die andere „führende“ Frau ist Dr. Mits v. Remmels, die sie als Männerparteien ansieht, in denen die Angelegenheiten der Frauen zu kurz kommen. Ihr ist die weibliche Sphäre und Betonung des wichtigsten. Datum schwächt ihr wohl eine Frauenspartei vor, die die Weile speziell weiblicher Erziehung, Berufsausbildung, Vertretung reiner Fraueninteressen usw. strebt. Diese Frauenspartei soll keine Kampfpartei gegen Männer sein. Sie soll unter Betonung der weiblichen Sphäre überall da zum Ausdruck bringen, wo besondere Interessen in Frage treten, da die Parteien keine besondern Frauen- und Männerinteressen gelten lassen wollen. Soll Einfluss, alle Frauen zusammenführen.

Die Entwicklung der Frauensparteien steht heute erstmals im Stadium. Die heutigen führenden Frauen sind nicht allen gemeinsam. Es wird so viel betont, daß die Entwicklung, die die Frauenbewegung heute nimmt, läßt Ziel noch in weiter Ferne scheinen. —

lernen. Sie stehen den Aufgaben durchaus fähig gegenü

Hier wie dort liegt die Fürsorge ein. Das Volk, das seine Mütter in Unkenntnis läßt und ihnen nicht die Wege ebnet durch Erfüllung ihrer ersten und wertvollsten Aufgabe würde töricht, wenn nicht verbrecherisch handeln.

Aus dieser Kenntnis heraus entfalteten private und kommunale Organe eine großzügige Propaganda zur Aufklärung und Belehrung der Frauen, der Mütter, der die Schöpfung von Mutterberatungssstellen auf dem Fuße folgte. Durch das Vergleichhen mit dem eigenen Kind und der Befolgung des Gebotens frem-

der Kinder ergab sich eine gleichsam suggestive Beeinflussung der Mutter als wertvoller Hilfsfaktor. Mütter und Früherziegerin könnten in den Mütterberatungssälen anschaulich an guten und überschreitenden Beispielen demonstrieren. Die wertvolle erzielbare Tätigkeit lebt indes erst ein bei den Hausbesuchen, die von der Fürsorgerin gemacht werden. Hier zeigt es sich, ob die Mütter begriffen haben, um was es geht. Hier läßt man am sichersten auf die unzählichen Unsitzen, auf den Krieg unausvorhinken übergläuben, wie er die Atmosphäre des Wochenbets und der Kinderküche erfüllt.

Hier einige Beispiele: Führt von der Hebamme, einer lebhaften für die Rinderpflege interessierten Frau, betreten mit einigen

lich vernachlässigtes Zimmer, um eine junge Mutter zu besuchen, die zu belehren sich die Hebamme verzehns bemüht. Das Kind ist $1\frac{1}{2}$ Jahr alt, wird noch gestillt und ist infolgedessen dienlich zurück. Bis jetzt sind nur wenig Zähne durchgebrochen. Kein Runder, Muttermilch ist das Beste für das Kind. Aber doch nur so lange, als die Milch den genügenden Nährstoff enthält. Mutter und Kind gehören beisammen 9 Monate vor und 9 Monate nach der Geburt. Sobald das Kind mehrere Zähne hat, gibt die Natur rumb: nun hört das Gaugen bald auf und das Kauen und Beissen beginnt. Wenn nur Milch die kost ausköhlende Musterung hilft, erhält bei Körper zu wenig Flockenbildung die Stoffe, aus denen sich die Zähne bilden können, und so entsteht sich der Gegen der Brusternährung ins Gegenteil.

Wie helfen sich hier die Mütter? Sie können ihren Kindern nun nicht etwa Spinat, Möhren, Käse, sondern müssen Zahnhalsbänder. Um diesen Kindern soll eine „Zahnschutzdrüfung“ ausgehen: sie „bringen die Zähne“, verhindern am gleichen Tage

der Mütter in demselben Ort, bei deren jungen Sprüchlingen ich die Bernsteinhöhlstellen nachsucht, alles Nieden nichts nichts.
„Wenn es nichts hilft, schabet es nichts. Das Ding kostet ja bloß 30 Mark.“ — — — Ich gehöre nicht zu den Menschen, die sich nichts blüfften lassen, hier aber verfluchtigt es, mit mir Wagnisse die Rebe. Wenn Mütter trotz sehr tüchtiger Hebammen und neben solcher Fürsorgerin bereit verfügen, daß sie des Mannes so ein verbündetes Geld zum Fenster hinauswerfen für eine so wertlose Sache, dann werden wir uns wohl für die Zukunft auch auf die Männer wenden müssen und versuchen, auch diesen Unvermögen in der Kinderpflege zu entziehen. Denn die Industrie wird lästigen Kumber schwärzen, so lange törichte Frauen ihn noch aufzuhören lassen. Heute eine geburtenlose Mutter könnte morgen lächelnd zur Tagesordnung übergeben. Trifft man sie aber zuerst zu Hause an, so ist das doch eine totale Sache, und man darf greift die fehlende Zeitschlagenhett' mancher Fürsorgerin. Hier werden vollkommenhaftliche Werke geradew zu verschwendet, mit Menschenrädten wird Raubau getrieben.

„In einem anderen Hause sprach ich mit einer Frau, Mutter von zehn lebenden Kindern. Das Leid, ein nettes Knäblein von knapp 1½ Jahren, trug sie auf dem Arm. Sie ist Mütter, der Mann an Tübertüle geflüchten. Mitten im Gespräch schwabt der Junge nach der Milchquelle und zwie reißt energisch. Melde Erstaunen belustigt die Mütter: „Was denken Sie wohl, was der Bengel macht? Wenn ich vomselbe komme und ich könnte ihm nicht gleich, nimmt er den Kartoffel und schlägt noch mit!“ Da bei hatte das Blüttschen ein Gebiß wie ein kleines Maulkäfer. Der älteste Sohn ein hübscher stattlicher Mensch von 21 Jahren, gesund und kernig, auch bereits Vater, darf noch nicht hebrates, um die Mutter noch genaue Zeit zu untersetzen, und der kleine Karre Zunge verwünscht die Mutter, die höchstlich „unterm Kartoffel“ steht.

„Man muß schon sehr fest von der Mützung des Naturgebetes überzeugt sein, wonach jeder Träpfchen der Stadt hört. Einmal muß es auch in den Köpfen der Gebärenden losgehn.“

Anfänger in der Kindersprache

Unfälle in der Kinderersatzheims

Die Entwicklung der Frauenbewegung steht heute erlangtisch. Die heutigen führenden Frauen sind vielmehr, gehen noch getrennte Wege. Noch ist auch das ist allen gemeinsam. Es wird so viel betont, daß die anderen Welt die Ewigkeit bringen sollen, die ihm fehlt, Entwicklung, die die Frauenbewegung heute nimmt, läßt

Sollte man nicht meinen, Mütter mühsen immer das Pfeu, weil sie eben Mütter sind? Weher lämen aber schweren Schäden, z. B. der akuten und chronischen Harnstörungen, Neigung zu Krämpfen, verspätetes Physische Knochenentzündungen, geringe Überstandsfähigkeit, Entzündungen und Infektionskrankheiten, Retrostabilität allerfeinsten Kinder und psychopathische Anfälle der?

2

Weniblet.

Sie sind immer nur da, um zu dienen,
Niemand fragt sie nach ihrem Begehr.
So lang sie gehorchen, ist man zu ihnen
Freundlich, so wie zu Freunden — nicht mehr.

Sie wohnen mit uns im selben Quartiere,
Aber für sie muß der schlechteste Raum
Gut genug sein — Für unsere Tiere
Sorgen wir sättlicher als für ihre

Menschlichen Wünsche — Die kennen wir kaum
Sie sind die Söhne, die nie gebaut sind,
Wir wechseln sie aus wie den brilligen Schuh
Einer Nachahme. Wenn sie erkant sind,
Werden sie aus dem Hause ins Spital.

Manchmal könnte ein Wort der Güte,
Ein Zug im Frühling um auszufüllen
In ihrem verdrossnen Gemüte
Eine verschleierte lächelnde Blüte
Leise erwecken und Wunder tun.

So aber sind sie gewohnt, die Lehen
Bei allem, was feiert und not tut, zu fein,
Und werben wie alle Zuckelgelehrten
Entneber gebrochen oder gemein.

Herr Gehmann bespielt seine Tiere

卷之三

Es ist gegen Abend.
Herr Schmitz wacht durch die Straßen. Ohne Wissen
seine Art.

Alle er seine Bilder wohlos durch die Straße läuft, steht plötzlich auf dem jenseitigen Straßenraben seine Frau.
Ein freudiger Schrei durchschreit' ihn, doch ein glücklicher Aufall, denkt er und schlägt sich an, ohne Frau zu bestreiten. Da er die Strohe halb überstehen soll, stößt er und überlegt, ob er den kleinen Zusatz hinzufügt und eigentlich aufzuhören kann. Beispiele könnte er keine finden, sondern auf sich aufmerksam machen, doch er liebt leicht anstrengt, um sich im nächsten Augenblick an entzündlichen. Oper er könnte die etwas ausdrückt ein mittleres, schmückendes Wort.
Er überlegt — der Laut ist sehr scharf aufmerksam; dann sie hört nicht erkennen, entfernt er sich eilig von ihr.
Nicht bleibt sie vor einem Schaukasten stehen und sieht sich verschlossen an.

Wiederholter Auftritt die Verlobung

Auch die Verordnung bestätigt, Dieses in dieser Spur
sollte nichts Problem dar stellen, auch die
Befehle des "Verordnungs" auf das richtige erachtet und
hat Ihnen im dem besten Interesse der Zivilistischen Bevölkerung
Lob und Anerkennung verliehen. Sie sind
wiederum in keiner Weise und sonst bestimmt.
Ergebnisse und folgende:

"Doch ist die komische Frage, wo, wie wir bestellt haben, kann man nicht ein Glas von Singen, wenn wir wollen, wollen ohne in Disposition Übereinstimmung. Ich meine doch die kleinen Herrschaften, womit die Herren Männer, wo uns brauchen, geleitet sind, rufen Ihnen doch die Herrschaften Ruh ist genug, aber wo bestimmen Sie das? Und ein Glas kostet keinthe sechzehn Pfund. Das habe ich eben gehört, das kann nicht stimmen, das kann nicht stimmen."

卷之三

Wann ist es? Was soll sie dort zu tun? Das soll nicht
gelingen in das Programm. Zum ersten Male seit jenseit der
Befreiung steht ein leises Misstrauen im Gespenst Lehmann auf.
Er bringt sich selber an die Schüler heran, um nicht gefangen zu
werden. Über ihm ruhten Augenblicke schon verkrümmt sehr
Misstrauen. Unruhe! Seine Frau hat doch keine Geheimnisse
vor ihm. Und es bleibt bei ihm nur etwas wie Neugier überall.
Sie streift drei Schüler weiter, um wieder vor einem
Blutengeschäft stehen zu müssen. Doch geht sie die Straße
wieder zurück. Wahrscheinlich hat sie nur bloß Preise mitnehmen
verhofft.

Zieht Illet ein Herr den Hut vor ihr. Sie nürt. Wer ist der Herr? Herr Lehmann kennt ihn nicht. Größere Bedeutung scheint ihm auch seine Frau nicht beizumessen. Sie hat ihre Erfüllt nicht verlorenkant oder sich gar nach ihm umgedreht. Überhaupt: wenn sie beide zusammen gehen, kommt es öfter als einmal vor, daß ein frember Herr grüßt. Kellner oder Wärter von Freunden vielleicht. Geschäftsfreunde, bei denen sie kaufst. Herr Lehmann lämmert sich nicht darum. Und doch, heute ist ihm das so seltsam, so wunderlich.

Borricht! Seine Frau steht noch keiner Strafenkette. Der Lehmann dreht sich schnell um. Nach Gefunden nimmt er die Verfolgung wieder auf.

Häufig noch blieben Petren leiser Frau nach. Sie fragt sie nicht. Sie geht langsam weiter. „Es geschieht nichts, was von Belang wäre.“ Herr Lehmann trägt eine heimliche Freude im Herzen. Ob überredet ihn das alles nicht. Wie kommt es anders kein? Aber es überredet ihn, daß er nicht überredet ist. Es bestimmt ihn sehr.

„Zehn Minuten nach jener Stunde lächelt Herr Lehmann die Wohnungstüre auf.
Beim Abendbrotisch steht er eine schwülste Menge und streift seiner Frau über die Wangen und sagt: „Du, du meine Heute habe ich doch verloren. Ich habe mir vorgestellt, daß du eine Freunde wärst, deren Wohl ich schützen wollte.“
Sie nimmt seine Hände, sieht ihm eine Weile hinunter und sagt dann zufrieden: „Ja, du hast mich von der Sache losse zu verloren.“

Mit mir Herr Schumann keine Frau nächstens verlobt zu folgen. „So, doch sie's nicht mehr. Sie hat ihm nächstens nur eine heimliche Freude gebracht, nicht, sie hat auch einen Erfolg, möcht in sein Herz verpflanzt, der sie vorzüglich freilich nur einem darüber freihandlend verleiht, doch es mit einer Frau etwas quälisch haben müsse, die sich verblüft weiß und dies doch nicht zu merken scheint.“ „Ob der Herr, den sie gezeigt hatte, solches der Bruder einer Freundin war?“